

**GOVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION — GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 95 — 1080

[S-C — 33038]

20. MÄRZ 1995. — Dekret über die Jugendhilfe (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, die Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel. 1. Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. **Jugendlicher:** jede Person unter 18 Jahren und jede Person unter 21 Jahren, für die die Hilfe vor Erreichen des 18. Lebensjahres beantragt wurde;
2. **familiäre Umgebung:** die Personen, die das familiäre Umfeld des Jugendlichen bilden, ohne daß unbedingt eine rechtliche Bindung vorhanden sein muß;
3. **Pflegefamilie:** die Person oder Personen, der oder denen ein Jugendlicher durch seine Eltern oder im Rahmen einer Maßnahme des Jugendhilferates oder des Jugendgerichtes anvertraut wurde;
4. **anerkannte Person oder Einrichtung:** die juristische oder natürliche Person, die in Anwendung der Artikel 32 und 36 des vorliegenden Dekretes von der Regierung anerkannt ist;
5. **Projekt:** die in einer Konvention zwischen der Regierung und einer natürlichen oder juristischen Person beschriebene Aufgabe oder Tätigkeit, die im Rahmen der Jugendhilfe durchgeführt wird;
6. **Jugendhilfe:** jede Maßnahme, die aufgrund dieses Dekretes und seiner Ausführungserlasse genommen wird;
7. **freiwillige Jugendhilfe:** individuelle Hilfsmaßnahmen über die durch das Präsidium oder den Jugendhilfedienst im Einvernehmen mit den Betroffenen entschieden wird;
8. **gerichtliche Jugendhilfe:** individuelle Hilfsmaßnahmen die vom Jugendgericht angeordnet werden;
9. **Rat der Jugendhilferat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;**
10. **Präsidium:** das Präsidium des Jugendhilferates der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2. Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf:

- 1° jeden Jugendlichen, dessen physische oder psychische Integrität, dessen affektive, moralische, intellektuelle oder soziale Entwicklung oder dessen Erziehung bedroht ist durch sein eigenes Verhalten, das seiner Erziehungsberechtigten oder von Drittpersonen, durch seine Lebensumstände, durch Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse;
- 2° jede Person, die bei der Ausübung der elterlichen Gewalt oder der Erziehung erhebliche Schwierigkeiten hat;
- 3° alle natürlichen und juristischen Personen, die in gleich welcher Eigenschaft an der Ausführung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe beteiligt sind.

Art. 3. Jeder Jugendliche hat ein Recht auf die im Rahmen dieses Dekretes organisierte Hilfe. Diese Hilfe zielt darauf ab, dem Jugendlichen ein angemessenes Leben zu ermöglichen und seine Entwicklung unter den bestmöglichen Bedingungen zu fördern.

Art. 4. Jede Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretes beteiligt ist, ist dazu verpflichtet, die Fakten, die ihr in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden und die sich darauf beziehen, vertraulich zu behandeln.

Sie muß die religiösen, philosophischen und politischen Ansichten des Jugendlichen sowie die ihm zuerkannten Rechte respektieren und in seinem Interesse handeln.

Art. 5. Im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe kann über keine individuelle Hilfsmaßnahme ohne vorherige Anhörung der durch diese Maßnahme direkt betroffenen Personen entschieden werden, es sei denn, dies wäre unmöglich aufgrund des Alters dieser Personen, ihres Gesundheitszustandes oder der äußersten Dringlichkeit. Wenn der Gesundheitszustand einer dieser Personen eine Anhörung nicht zuläßt, kann sie sich durch eine Person ihrer Wahl vertreten lassen. Die Anhörung oder Nichtanhörung dieser Personen wird zu Protokoll genommen.

Jede Person, die angehört wird, kann sich durch eine Person ihrer Wahl begleiten lassen. Im Interesse des Jugendlichen können separate Gespräche stattfinden.

Jede Entscheidung über eine individuelle Hilfsmaßnahme wird dem Jugendlichen, der das 12. Lebensjahr vollendet hat, sowie den mit der Erziehung betrauten Personen schriftlich mitgeteilt.

Art. 6. Oberstes Ziel aller Maßnahmen ist der Verbleib des Jugendlichen in seiner gewohnten familiären Umgebung, es sei denn, sein eigenes Interesse verlange es anders.

Falls eine Unterbringung sich als erforderlich erweist, erfolgt diese insbesondere bei Kindern bis zu sieben Jahren möglichst in einer Pflegefamilie.

Außer wenn das Interesse des Jugendlichen es verbietet, sorgt die Person oder die Einrichtung, die den Jugendlichen beherbergt, dafür, daß die Kontakte zur Familie aufrechterhalten oder zumindest begünstigt werden.

(1) *Sitzungsperiode 1994-1995.*

Dokumente des Rates : 122 (1993-1994) Nr. 1. Decretenwurf. — 122 (1993-1994) Nrn. 2-3. Abänderungsvorschläge. — 122 (1993-1994) Nr. 4. Bericht. Abänderungsvorschlag/-vorschläge zu dem vom Ausschuß angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 20. März 1995.

KAPITEL II. — *Der Jugendhilferat*
Abschnitt I. — Allgemeine Bestimmungen

Art. 7. Es wird ein Jugendhilferat eingesetzt, dessen Sitz von der Regierung festgelegt wird.

Der Rat fördert, koordiniert und beschließt Initiativen und Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe und beaufsichtigt die Durchführung der von ihm beschlossenen Initiativen und Maßnahmen.

Aufgabe des Rates ist es, die für die Anwendung des vorliegenden Dekretes relevante Entwicklung der Jugend zu untersuchen. Er verfaßt einen Jugendhilfebericht pro Amtszeit, der eine Tätigkeitsbilanz, eine kritische Analyse der Situation der Jugendhilfe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Anregungen für die zukünftige Arbeit des Rates beinhaltet.

Die Regierung unterbreitet dem Rat zwecks Gutachten alle Vorentwürfe von Dekreten zur Abänderung sowie von Erlassen zur Ausführung des vorliegenden Dekretes. Dieses Gutachten gilt als erteilt, wenn es nicht innerhalb von zwei Monaten nach Beantragung vorliegt.

Der Rat erstellt Gutachten auf Anfrage der Regierung oder auf eigene Initiative.

Er gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung, die unter anderem die Arbeitsweise des Rates, des Präsidiums und des Jugendhilfedienstes festlegt.

Art. 8. § 1. Der Rat besteht aus neunzehn effektiven Mitgliedern, die für einen Zeitraum von sechs Jahren von der Regierung ernannt werden. Das Mandat ist erneuerbar.

Das Mandat der Ratsmitglieder beginnt zwischen dem 1. Mai und dem 1. Juli des Jahres, das den Gemeinderatswahlen folgt.

§ 2. Sind im Rat mit je einer Person vertreten:

- jedes öffentliche Sozialhilfzentrum des deutschen Sprachgebiets;
- die im deutschen Sprachgebiet tätigen psycho-medizinisch-sozialen Zentren;
- die Kinderhäuser des Öffentlichen Sozialhilfzentrums Eupen;
- der Dienst für Kind und Familie;
- das sozial psychologische Zentrum;
- die Projekte;
- der Rat der deutschsprachigen Jugend;
- der Bund der Familien.

Jede dieser Einrichtungen beziehungsweise jede Kategorie dieser Einrichtungen schlägt der Regierung einen Kandidaten zur Ernennung vor.

Die Regierung ernennt die anderen Mitglieder aufgrund ihrer Erfahrung, die für den Jugendhilferat von Interesse sein kann.

§ 3. Unentschuldigtes Fehlen an drei aufeinanderfolgenden Plenarsitzungen hat den Verlust des Mandats zur Folge. Der Präsident stellt das unentschuldigte Fehlen eines Ratsmitgliedes an den Sitzungen fest.

Wenn ein Mitglied sein Mandat verliert oder zurücktritt, wird ein Nachfolger unter den gleichen Bedingungen wie die zu ersetzende Person ernannt, der das Mandat seines Vorgängers zu Ende führt.

Art. 9. Der Rat tritt mindestens zweimal jährlich auf Einladung des Präsidenten zusammen.

Zu jeder Sitzung des Rates wird je ein Vertreter der Regierung, des Prokurators des Königs, des Jugendhilfedienstes und des Jugendgerichtsdienstes eingeladen. Diese verfügen über eine beratende Stimme.

Art. 10. Der Rat verabschiedet vor Ende Mai eines jeden Jahres den Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres. Dieser Bericht wird der Regierung, dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dem Jugendgericht und dem Prokurator des Königs übermittelt.

Aufgrund der halbjährlichen Zwischenberichte über die Entwicklung der Ausschubarbeit und der individuellen Hilfsmaßnahmen, die dem Rat in Anwendung der Artikel 17 und 24 vorgelegt werden, kann der Rat Initiativen im Bereich der allgemeinen Vorbeugung ergreifen.

Art. 11. Die Regierung ernennt unter den Mitgliedern des Rates einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten.

Eine dieser Personen muß Vertreter der Öffentlichen Sozialhilfzentren sein. Höchstens zwei dieser Personen dürfen demselben Geschlecht angehören. Mindestens eine dieser Personen muß zum Zeitpunkt der Ernennung jünger als 35 Jahre sein.

Die Regierung legt die Entschädigung der Mitglieder, des Präsidenten, der Vizepräsidenten, der Beisitzer, der Leiter der Ausschüsse sowie der eventuell hinzugezogenen Experten fest.

Abschnitt 2 — Das Präsidium

Art. 12. Das Präsidium setzt sich aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des Rates sowie zwei vom Rat gewählten Beisitzern zusammen.

Art. 13. Auf Einladung des Präsidenten oder auf Antrag von mindestens drei Präsidiumsmitgliedern tagt das Präsidium mindestens einmal im Monat.

Art. 14. Das Präsidium hat im Rahmen der individuellen Hilfsmaßnahmen folgende Aufgaben:

1. Die Bestätigung oder Ablehnung einer im Rahmen von Artikel 20 § 1 getroffenen Entscheidung des Jugendhilfedienstes.

2. Im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen entscheidet das Präsidium:

a) über Hilfsmaßnahmen, die innerhalb des deutschen Sprachgebietes von einer geeigneten anerkannten Person oder Einrichtung oder einem geeigneten Projekt durchgeführt werden;

b) über Hilfsmaßnahmen, die außerhalb des deutschen Sprachgebietes durchgeführt werden, wenn die ausführende Instanz von der zuständigen Behörde anerkannt ist und wenn ein diesbezügliches Zusammenarbeitsabkommen vorliegt.

3. Auf Anfrage des Jugendhilfedienstes kann das Präsidium über einen Einzelfall beraten und dem verantwortlichen Sozialarbeiter eine Entscheidungshilfe geben.

4. Das Präsidium nimmt Beschwerden bezüglich der Ausführung von Maßnahmen entgegen. Es kann einen Sozialarbeiter des Jugendhilfedienstes mit einer Untersuchung beauftragen. Wenn das Präsidium Unregelmäßigkeiten oder pädagogisches Fehlverhalten feststellt, wird der zuständigen Behörde Bericht erstattet.

Alle aufgrund dieses Artikels getroffenen Entscheidungen werden den Betroffenen schriftlich mitgeteilt.

Art. 15. Bei Unstimmigkeiten zwischen dem Jugendhilfedienst und den betroffenen Personen, die eine Zusammenarbeit nicht ermöglichen oder die eine einseitige Beendigung der Arbeit befürchten lassen, übernimmt das Präsidium auf Anfrage des Jugendhilfedienstes oder der Betroffenen eine Vermittlerrolle, um die Aufnahme oder die Weiterführung der Arbeit zu ermöglichen.

Bei fehlgeschlagener Vermittlung entscheidet das Präsidium, ob ein Fall mit oder ohne Meldung an den Prokurator des Königs abgeschlossen wird.

Die jeweilige Entscheidung wird den betroffenen Parteien schriftlich mitgeteilt.

Art. 16. Im Rahmen der allgemeinen Vorbeugung hat das Präsidium folgende Aufgaben:

1. Es nimmt alle diesbezüglichen Anfragen entgegen und leitet diese gegebenenfalls an einen der in Artikel 17 erwähnten Ausschüsse weiter.

2. Es kann in Dringlichkeitsfällen die Bildung eines neuen Ausschusses beschließen, einzelne Mitglieder des Rates zur Teilnahme an dem neuen Ausschuss aufrufen und die Ernennung der Ausschußmitglieder vornehmen. Diese Entscheidung muß bei der nächsten Sitzung des Rates bestätigt werden.

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt die Regierung dem Präsidium unter den von ihr festgelegten Bedingungen ein jährliches Budget für die allgemeine Vorbeugung. Initiativen, die über den Rahmen dieses Budgets hinausgehen, müssen ausdrücklich von der Regierung genehmigt werden.

Abschnitt 3. — Ausschüsse zur allgemeinen Vorbeugung

Art. 17. Der Rat setzt unter seinen Mitgliedern Ausschüsse ein zur Planung und Verwirklichung von Initiativen im Rahmen der allgemeinen Vorbeugung.

Die Ausschüsse können Experten zu ihren Beratungen hinzuziehen.

In Ausnahmefällen und mit Genehmigung der Regierung kann ein Ausschuß gebildet werden, der mehrheitlich aus Außenstehenden besteht. In jedem Fall muß mindestens ein Ratsmitglied dem Ausschuß angehören.

Jeder Ausschuß wählt auf seiner ersten Sitzung unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden, der alle künftigen Sitzungen einberuft.

Jeder Ausschuß erstattet dem Rat halbjährlich Bericht über seine Arbeit.

Art. 18. Der Rat löst die Ausschüsse entweder auf eigene Initiative oder auf deren Anfrage nach Vorlage eines Abschlußberichts auf.

KAPITEL III. — Der Jugendhilfedienst

Art. 19. Im Rahmen der Jugendhilfe wird beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Sozialdienst eingesetzt, dessen Personal von der Regierung ernannt wird. Dieser wird « Jugendhilfedienst » genannt.

Die Sozialarbeiter müssen das Diplom eines Sozialassistenten, eines Assistenten in Psychologie, eines Erziehers (des höheren sozialen oder pädagogischen Unterrichts des kurzen Typs) oder eines Lizenzialen in Psychologie, Sozialwissenschaften oder Kriminologie oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkanntes Diplom vorweisen.

Das Personal des Jugendhilfedienstes untersteht der Dienstaufsicht des zuständigen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 20. § 1. Der Jugendhilfedienst untersucht alle individuellen Hilfsanfragen, die ihm zukommen, sowie alle ihm bekannten Situationen, auf die vorliegendes Dekret Anwendung findet. Eine Hilfsanfrage kann nur mit dem Einverständnis des Präsidiums abgelehnt werden.

§ 2. Der Jugendhilfedienst unterstützt und berät den Jugendlichen und die erziehenden sowie die anderen von der Problemsituation betroffenen Personen. Er informiert die Betroffenen über ihre Rechte und Pflichten.

Der Jugendhilfedienst unterstützt die Betroffenen gegebenenfalls bei der Beantwortung einer Hilfs- oder Dienstleistung und holt Informationen über die Gewährung oder Verweigerung dieser Leistungen ein.

Gegebenenfalls orientiert er die Betroffenen zu den geeigneten Personen oder Einrichtungen hin, die beratende, begleitende, unterstützende, therapeutische oder betreuende Aufgaben wahrnehmen.

§ 3. Wenn sich die in § 2 erwähnte Unterstützung und Beratung als unzulänglich erweist, kann der Jugendhilfedienst mit den Betroffenen ein Hilfsprogramm aufstellen und durchführen. Dabei stützt er sich auf alle geeigneten Einrichtungen, Projekte und Personen.

Unter Berücksichtigung der in den Artikeln 5 und 21 aufgeführten Bedingungen und mit dem in Artikel 14 vorgesehenen Einverständnis des Präsidiums kann der Jugendhilfedienst den Jugendlichen ausnahmsweise einer Einrichtung oder Person anvertrauen, die für die Ausführung der in Artikel 28 unter den Nrn. 6 und 8 bis 11 vorgesehenen Maßnahmen zuständig ist.

Wird die Einwilligung der in Artikel 21 bezeichneten Personen verweigert oder zurückgezogen, kann der Jugendhilfedienst, wenn er eine Meldung an den Prokurator des Königs nicht für geboten hält, das in Artikel 27 § 2 erwähnte Verfahren einleiten.

§ 4. In besonders schwerwiegenden Fällen kann der Jugendhilfedienst außerdem außenstehende Fachkräfte aus dem medizinischen, psychologischen oder juristischen Bereich hinzuziehen und zu Rate ziehen.

§ 5. Bei äußerster Dringlichkeit kann der Jugendhilfedienst in Abweichung von Artikel 15 einen Fall direkt dem Prokurator des Königs melden. Hiervon ist dem Präsidium schnellstmöglich Meldung zu machen.

§ 6. Der Jugendhilfedienst beendet seine Arbeit:

1° mit dem Einverständnis der Betroffenen;

2° wenn der Fall in Anwendung von Artikel 15 abgeschlossen wird;

3° wenn sich das Jugendgericht in Anwendung von Artikel 27 § 1 mit dem Fall befaßt.

§ 7. Im Rahmen der Durchführung der in einem Ausschuß zur allgemeinen Vorbeugung beschlossenen Initiativen können dem Jugendhilfedienst genau umschriebene Aufgaben mit Genehmigung des Präsidiums übertragen werden. Diese dürfen die Fallarbeit jedoch auf keinen Fall beeinträchtigen. Die Regierung kann den Jugendhilfedienst mit weiteren Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Dekretes betrauen.

Art. 21. Der Jugendhilfedienst darf ohne schriftliches Einverständnis des Jugendlichen, der das zwölfte Lebensjahr vollendet hat, keine Entscheidung über Einzelhilfsmaßnahmen treffen, die dessen Lebenssituation verändern. Hat der Jugendliche das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet, so muß das schriftliche Einverständnis der Personen eingeholt werden, die die elterliche Gewalt ausüben. Wenn dies unmöglich ist, muß das Einverständnis der Personen, die rechtmäßig die Aufsicht über den Jugendlichen haben, eingeholt werden.

Art. 22. Jeder Sozialarbeiter betreut die von ihm bearbeiteten Fälle in eigener Verantwortung. Gegebenenfalls beraten die Sozialarbeiter gemeinsam über individuelle Hilfsanfragen und -programme. Sie haben Anrecht auf eine fachgerechte Supervision. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten fest.

Art. 23. Auf Anfrage des Prokurators des Königs informiert der Jugendhilfedienst diesen über Bestehen, Abschluß, Abbruch oder Weiterführung einer individuellen Hilfsmaßnahme.

Art. 24. Die Regierung bezeichnet unter den in Artikel 19 erwähnten Sozialarbeitern einen Dienstleiter. Der Dienstleiter leitet das Personal und sorgt für den reibungslosen Arbeitsablauf des Dienstes.

Fragen der allgemeinen Vorbeugung leitet er an das Präsidium weiter.

Der Dienstleiter unterbreitet dem Präsidium, dem Rat und der Regierung:

- halbjährlich einen Zwischenbericht über die Entwicklung der individuellen Hilfsmaßnahmen;
- jährlich eine Analyse der Entwicklung der individuellen Hilfsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Art der Anfragen, der Dauer der Beratungen, der Anzahl laufender und abgeschlossener Interventionen und anderer relevanter Faktoren.

Die im vorigen Absatz erwähnten Berichte und Analysen sind so abgefaßt, daß die Anonymität der betroffenen Personen auf jeden Fall gewahrt bleibt.

Art. 25. Beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Sekretariat eingesetzt, dessen Personal von der Regierung ernannt wird. Dieses Sekretariat wird unter der Leitung des Dienstleiters dem Jugendhilfedienst und dem Rat zur Verfügung gestellt.

Das Sekretariat erstellt die Protokolle der Sitzungen des Rates, des Präsidiums und der Ausschüsse sowie einen halbjährlichen Bericht über die Ausschusarbeit.

Das Sekretariat gewährleistet darüber hinaus die praktische Durchführung der in einem Ausschuß zur allgemeinen Vorbeugung beschlossenen Initiativen.

KAPITEL IV. — Gerichtliche Jugendhilfe

Art. 26. § 1. Im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe wird beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Sozialdienst eingesetzt, dessen Personal von der Regierung ernannt wird. Dieser wird « Jugendgerichtsdienst » genannt.

Die Sozialarbeiter müssen eines der in Artikel 19 Absatz 2 vorgesehenen Diplome aufweisen.

Das Personal des Jugendgerichtsdienstes untersteht der Dienstaufsicht des zuständigen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung bezeichnet innerhalb des Jugendgerichtsdienstes einen Dienstleiter. Dieser leitet das Personal und sorgt für den reibungslosen Arbeitsablauf des Dienstes.

Jeder Sozialarbeiter betreut die von ihm bearbeiteten Fälle in eigener Verantwortung. Die Sozialarbeiter haben Anrecht auf eine fachgerechte Supervision. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten fest.

§ 2. Der Jugendgerichtsdienst führt Voruntersuchungen im Auftrag des Jugendgerichts oder des Prokurators des Königs durch. Er organisiert die Ausführung der Entscheidungen des Jugendgerichts und führt in regelmäßigen Abständen Nachuntersuchungen durch, um bei Bedarf dem Prokurator des Königs eine Abänderung der Maßnahme vorzuschlagen. Er koordiniert die Zusammenarbeit mit anderen Diensten, Einrichtungen und Projekten.

Die Regierung kann den Jugendgerichtsdienst mit anderen Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Dekretes betrauen.

Art. 27. § 1. Das Jugendgericht wird durch den Prokurator des Königs mit einer Jugendsache befaßt, wenn nach Übermittlung einer Angelegenheit durch das Präsidium gemäß Artikel 15 oder nach Meldung durch den Jugendhilfedienst gemäß Artikel 20 § 5 eine der in Artikel 28 erwähnten Maßnahmen erforderlich scheint.

§ 2. Das Jugendgericht wird im Antragswege durch das Präsidium befaßt, wenn die Auferlegung einer oder mehrerer Maßnahmen im Rahmen des in Artikel 20 § 3 erwähnten Hilfsprogramms geboten scheint.

Die in Anwendung des vorliegenden Paragraphen auferlegten Maßnahmen dürfen nur für eine Dauer von höchstens einem Monat angeordnet werden.

§ 3. In allen Fällen der Gefährdung der Interessen eines Jugendlichen, deren Eilbedürftigkeit er anerkennt, kann der Jugendrichter auf Antrag des Prokurators des Königs vorläufig und für eine Dauer von höchstens sieben Tagen jede geeignet erscheinende Maßnahme ergreifen.

Bei Gefahr im Verzuge kann der Prokurator des Königs eine solche vorläufige Maßnahme anordnen, die jedoch ihre Wirksamkeit nach drei Tagen verliert, wenn sie nicht durch den Jugendrichter bestätigt worden ist.

Art. 28. In Anwendung von Artikel 27 § 1 kann das Jugendgericht eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen anordnen:

1. dem Jugendlichen und/oder den Personen, die dem Jugendlichen gegenüber die elterliche Gewalt ausüben oder die ihn in ihrer Obhut haben, für höchstens zwei Jahre eine pädagogische oder therapeutische Begleitung auferlegen;
2. für höchstens zwei Jahre eine Familienbegleitung durch eine anerkannte Einrichtung auferlegen;
3. den Jugendlichen, gegebenenfalls zusammen mit den Personen, die ihm gegenüber die elterliche Gewalt ausüben oder die ihn in ihrer Obhut haben, höchstens für zwei Jahre einem Projekt anvertrauen;
4. den Jugendlichen für die Dauer von höchstens einem Jahr unter die Aufsicht des Jugendgerichtsdienstes stellen;
5. dem Jugendlichen für höchstens sechs Monate ein Erziehungsprogramm auferlegen;
6. den Jugendlichen für höchstens ein Jahr eine halbresidentielle Einrichtung besuchen lassen;
7. den Jugendlichen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, unter regelmäßiger Aufsicht selbständig wohnen lassen;
8. den Jugendlichen für höchstens dreißig Tage der Begleitung eines Empfangs- und Orientierungszentrums unterstellen;
9. den Jugendlichen für höchstens sechzig Tage der Begleitung eines Beobachtungszentrums unterstellen;
10. den Jugendlichen einer anerkannten Pflegefamilie anvertrauen;
11. den Jugendlichen ausnahmsweise und für höchstens zwei Jahre einer geeigneten offenen Einrichtung anvertrauen;
12. den Jugendlichen, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, ausnahmsweise und für höchstens sechs Monate einer geschlossenen Einrichtung anvertrauen, wenn nachgewiesen wurde, daß er sich den unter Nrn. 10 und 11 aufgeführten Maßnahmen wiederholt entzogen hat und daß diese Maßnahme notwendig ist, um die Integrität der Person des Jugendlichen zu erhalten.

Art. 29. Das Jugendgericht betraut:

1. einen Dienst der Regierung oder eine anerkannte Einrichtung mit der Ausführung der in Artikel 28 unter den Nrn. 5, 6, 7, 8, 9 und 11 aufgezählten Maßnahmen und mit der Begleitung der Betroffenen und der Pflegefamilien, denen in Anwendung von Artikel 28 Nr. 10 Jugendliche anvertraut wurden;

2. in begründeten Ausnahmefällen eine von den zuständigen Behörden anerkannte Einrichtung außerhalb des deutschen Sprachgebiets mit der Ausführung der in Artikel 28 unter den Nrn. 3, 5, 6, 8, 9, 11 und 12 genannten Maßnahmen, wenn ein diesbezügliches Zusammenarbeitsabkommen vorliegt.

Art. 30. In den in Artikel 27 § 1 erwähnten Fällen kann das Jugendgericht die in Artikel 28 angeführten Maßnahmen als vorläufige Maßnahmen sowohl vor als auch während des Verfahrens zum Grunde anordnen. Es kann diese Maßnahmen von Amts wegen jederzeit auf Ersuchen des Jugendlichen, seines rechtmäßigen Vertreters, des Jugendgerichtsdienstes oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch eine andere der vorgesehenen Maßnahmen ersetzen. Es können mehrere Maßnahmen gleichzeitig ergriffen werden.

Außer wenn sie verlängert werden, enden die in Artikel 28 unter den Nrn: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11 und 12 genannten Maßnahmen nach Ablauf der festgesetzten Dauer. Eine Maßnahme kann jeweils nur um die in Artikel 28 festgesetzte Höchstdauer verlängert werden. Die in Artikel 28 unter den Nrn. 8 und 9 genannten Maßnahmen dürfen nur einmal verlängert werden.

Die Gesamtdauer aller vorläufigen Maßnahmen ist auf zwölf Monate beschränkt. Wenn eine Maßnahme, die nach dem Verfahren zum Grunde ergriffen wurde, durch eine andere Maßnahme ersetzt wird, endet diese an dem Tag, an dem die ersetzte Maßnahme beendet gewesen wäre.

KAPITEL V. — Weiterführung der Hilfgewährung bei Erreichen der Volljährigkeit

Art. 31. § 1. Den Jugendlichen, die vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres an einer vom Jugendhilfedienst organisierten oder vom Jugendgericht auferlegten erzieherischen Maßnahme teilnehmen, kann eine Verlängerung von höchstens einem Jahr zugestanden werden, auch wenn der Betroffene dann das 18. Lebensjahr überschritten hat.

§ 2. Der Jugendliche richtet hierzu eine schriftliche Anfrage an die Regierung, versehen mit einem Gutachten der Instanz, die die Maßnahme beschlossen hat, und der Instanz, die ihn beherbergt oder begleitet. Hierin gibt der Jugendliche an, wie lange er diese Verlängerung wünscht.

Diese Verlängerung muß spätestens einen Monat vor Erreichen der Volljährigkeit oder vor Ablauf einer bereits beschlossenen Verlängerung eingereicht werden.

Eine Verlängerung kann auf begründeten Antrag erneuert werden, darf aber in keinem Fall über das 21. Lebensjahr hinausgehen.

Der Jugendliche über 18 Jahre kann die Verlängerung jederzeit vor Ablauf der Frist durch Mitteilung an die Regierung und an die Instanz, die die Maßnahme beschlossen hat, beenden.

KAPITEL VI. — Anerkennung und Bezuschussung von Personen und Einrichtungen zur Begleitung und Betreuung von Jugendlichen sowie von Adoptionsdiensten und Projekten

Art. 32. Jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets regelmäßig Jugendliche aufnimmt oder begleitet, muß zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt werden.

Die Regierung legt die Anerkennungsbedingungen fest. Diese beziehen sich unter anderem auf:

1. die personellen Rahmenbedingungen und die materielle Infrastruktur;
2. die Versorgung, Unterrichtung, Berufsausbildung und das Erziehungssystem der Jugendlichen;
3. das pädagogische Konzept und Programm;
4. die Finanzierung.

Die Anerkennung wird für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren gewährt.

Art. 33. Jeder Antrag auf Anerkennung wird dem Jugendgericht und dem Präsidium zur Begutachtung vorgelegt. Dieses Gutachten gilt als erteilt, wenn es nicht innerhalb von einem Monat nach Beantragung vorliegt.

Art. 34. Wenn eine oder mehrere der Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt sind, wird der betroffenen natürlichen oder juristischen Person eine Frist von höchstens sechs Monaten gewährt, um den Auflagen nachzukommen.

Wenn die Bedingungen nach Ablauf dieser Frist nicht erfüllt sind, entzieht die Regierung die Anerkennung.

Art. 35. Wenn eine anerkannte Einrichtung oder ein anerkannter Dienst in eine andere Trägerschaft übergeht, muß die Anerkennung gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen bestätigt werden.

Die Anerkennung bleibt bestehen, bis sie bestätigt oder entzogen wird.

Art. 36. § 1. Jede natürliche oder juristische Person, die im deutschen Sprachgebiet in der Adoptionsberatung und -vermittlung tätig ist, muß zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt sein.

Die Regierung legt die Anerkennungsbedingungen fest. Diese beziehen sich unter anderem auf:

1. die Qualifikation der Mitarbeiter;
2. die materielle Infrastruktur;
3. die mindestens zu erfüllenden Aufgaben.

Die Anerkennung wird für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren gewährt.

§ 2. Wenn eine oder mehrere der Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt sind, wird der betroffenen natürlichen oder juristischen Person eine Frist von höchstens sechs Monaten gewährt, um den Auflagen nachzukommen.

Wenn die Bedingungen nach Ablauf dieser Frist nicht erfüllt sind, entzieht die Regierung die Anerkennung.

§ 3. Die Regierung kann den Adoptionsdiensten, die in den anderen Gemeinschaften für die Vermittlung von Adoptivkindern anerkannt sind, die Erlaubnis erteilen, im deutschen Sprachgebiet tätig zu sein.

Art. 37. Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen die in Anwendung des vorliegenden Dekretes anerkannten natürlichen oder juristischen Personen Zuschüsse erhalten können. Diese Zuschüsse beziehen sich auf die Personal- und Funktionskosten.

Die Finanzierung von Projekten wird in der jeweiligen Konvention geregelt.

Art. 38. Die Regierung bestimmt die Bedingungen, unter denen die Jugendlichen und unterhaltspflichtigen Personen zu den Unterhalts-, Erziehungs- und Behandlungskosten der Jugendlichen beitragen sowie die Zweckbestimmung des Lohnes der Jugendlichen, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Dekretes oder eines Gesetzes über die Auferlegung von Maßnahmen für Jugendliche, die eine als Rechtsbruch zu bezeichnende Tat begangen haben, untergebracht worden sind.

Das Präsidium oder das Jugendgericht berechnet gemäß diesen Regeln den Beitrag des Jugendlichen und der unterhaltspflichtigen Personen sowie die Zweckbestimmung des Lohnes.

Während der Minderjährigkeit können die Beträge des Lohnes, die auf ein Sparbuch oder Konto bei einem Kreditinstitut eingezahlt wurden, nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis des Präsidiums beziehungsweise des Jugendgerichts abgehoben werden.

KAPITEL VII. — *Strafrechtliche Bestimmungen*

Art. 39. Unbeschadet der Anwendung der Artikel 29 und 30 der Strafprozeßordnung ist Artikel 458 des Strafgesetzbuches anwendbar auf die Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretes beteiligt sind.

Diese Personen müssen die zuständigen Behörden benachrichtigen, wenn sie von einem in den Artikeln 372 bis 378 bis und in den Artikeln 398 bis 405 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Vergehen gegen die in Artikel 410 des gleichen Gesetzbuches vorgesehenen Personen Kenntnis haben.

Art. 40. Wer regelmäßig einen Jugendlichen in Anwendung des vorliegenden Dekretes beherbergt, ohne anerkannt zu sein, oder wer dies weiterhin tut, trotz eines Beschlusses der Verweigerung oder des Entzugs der Anerkennung, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von fünfundzwanzig bis zu fünftausend Franken oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Art. 41. Die Mißachtung der Verpflichtungen, die in Anwendung von Artikel 39 des vorliegenden Dekretes auferlegt wurden, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe von fünfzig bis zu fünftausend Franken oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Art. 42. Jede natürliche Person, die regelmäßig als Vermittler bei Adoptionen auftritt oder die eine Adoptions-einrichtung leitet, die nicht gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes anerkannt wurde, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von fünfundzwanzig bis zu fünftausend Franken oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

KAPITEL VIII. — *Aufhebungs-, Abänderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen*

Art. 43. Im Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz werden folgende Änderungen angebracht:

1. Die Artikel 1 und 2 Artikel 3, abgeändert durch das Gesetz vom 9. Mai 1972, die Artikel 4 5 6 30 31 und 36 Absatz 1 Nr. 1-3, Artikel 64, abgeändert durch das Gesetz vom 25. Juni 1969, die Artikel 66 67 68 und 69 Absatz 1, Buchstabe a, und Absatz 2, und die Artikel 70 71 72 und 74 Absatz 1 sowie 79 Absatz 1 werden aufgehoben;

2. Artikel 37, abgeändert durch die Gesetze vom 24. Dezember 1992 und 2. Februar 1994, die Artikel 39, 41 und 42, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, Artikel 52, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und vom 30. Juni 1994, Artikel 53, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und vom 30. Juni 1994, und Artikel 60, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, werden aufgehoben, insofern sie keine Jugendlichen betreffen, die eine als Straftat bezeichnete Tat begangen haben;

3. In Artikel 29 Absätze 2 und 3 Artikel 34 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 31. März 1987, und Artikel 86 Absatz 1 Buchstabe c wird das Wort « Jugendschutzkomitee » durch das Wort « Jugendgerichtsdienst » ersetzt;

4. In Artikel 63 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird der Satzteil « 1., 3., und » gestrichen;

5. In Artikel 74 Absatz 2 werden die Worte « einen Jugendschutzdelegierten » durch die Worte « den Jugendgerichtsdienst » ersetzt;

6. In Artikel 79 Absatz 2 werden die Worte « die im vorigen Absatz erwähnten » durch die Worte « die regelmäßig Jugendliche aufnimmt oder begleitet, mit Ausnahme der Internate und gleichgestellten Pensionate, die gewöhnlich Jugendliche gemeinschaftlich beherbergen, die nicht durch dieses Dekret oder andere gesetzliche Bestimmungen geschützt sind » ersetzt.

Art. 44. Das Dekret vom 18. Februar 1991 zur Weiterführung von gewissen Jugendschutzmaßnahmen nach dem 18. Lebensjahr ist aufgehoben.

Art. 45. Die Regierung legt die Dauer des Mandates der Mitglieder des ersten Jugendhilferates fest.

Das in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 ernannte Jugendschutzkomitee und dessen Präsidium nehmen ihre Aufgaben bis zur Einsetzung des ersten Jugendhilferates und dessen Präsidium wahr.

Art. 46. In bezug auf die am Jugendgericht anhängigen Angelegenheiten nehmen die in vorliegendem Dekret vorgesehenen Fristen für die Dauer der Maßnahmen erst am Tage nach dem Inkrafttreten des Dekretes ihren Lauf.

Art. 47. Vorliegendes Dekret tritt am 1. Mai 1995 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 20. März 1995.

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 95 — 1080

[S-C — 33038]

20 MARS 1995. — Décret concernant l'aide à la jeunesse (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — *Disposition générales*

Article 1er. Pour l'application du présent décret, on entend par :

- 1° jeune : toute personne de moins de 18 ans ou celle de moins de 21 ans pour laquelle l'aide a été sollicitée avant l'âge de 18 ans;
- 2° milieu familial : les personnes qui composent le milieu familial du jeune, sans qu'il y ait nécessairement un lien juridique;
- 3° famille d'accueil : la (les) personne(s) qui s'est (se sont) vu confier la garde du jeune soit par les parents, soit dans le cadre d'une mesure du Conseil de l'aide à la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse;
- 4° personne ou institution reconnue : la personne morale ou physique qui est reconnue par le Gouvernement en application des articles 32 et 36 du présent décret;
- 5° projet : tâche ou activité décrite dans une convention conclue entre le Gouvernement et une personne physique ou morale;
- 6° aide à la jeunesse : toute mesure prise en application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution;
- 7° Conseil : le Conseil de l'aide à la jeunesse de la Communauté germanophone;
- 8° bureau : le bureau du Conseil de l'aide à la jeunesse de la Communauté germanophone;
- 9° aide volontaire à la jeunesse : mesures d'aide individuelles qui sont décidées par le bureau ou le service de l'aide à la jeunesse en accord avec les personnes concernées;
- 10° aide judiciaire à la jeunesse : mesures d'aide individuelles, qui sont ordonnées par le tribunal de la jeunesse.

Art. 2. Le présent décret est applicable :

- 1° à tout jeune dont l'intégrité physique ou psychique, dont le développement affectif, moral, intellectuel ou social ou dont l'éducation sont compromis par son propre comportement, celui des personnes chargées de son éducation ou de tiers, par ses conditions de vie, par des conflits relationnels ou par des événements particuliers;
- 2° toute personne qui éprouve des difficultés importantes au niveau de l'exercice de l'autorité parentale ou de l'éducation du jeune;
- 3° toutes les personnes physiques ou morales qui à quelque titre que ce soit participent à l'exécution de mesures dans le cadre de l'aide à la jeunesse.

Art. 3. Tout jeune a droit à l'aide organisée dans le cadre de ce décret. Cette aide tend à lui permettre de mener une vie convenable et de favoriser son développement dans les meilleures conditions.

Art. 4. Quiconque concourt à l'exécution de ce décret est obligé de traiter confidentiellement les faits qui lui sont confiés dans l'exercice de sa mission et s'y rapportent.

Il doit respecter les convictions religieuses, philosophiques et politiques du jeune ainsi que les droits qui lui sont reconnus et agir dans l'intérêt de celui-ci.

Art. 5. Dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse, aucune mesure d'aide individuelle ne peut être décidée sans avoir entendu au préalable les personnes concernées, à moins que ce ne fût impossible en raison de l'âge de ces personnes, de leur état de santé ou de l'extrême urgence. Si l'état de santé d'une de ces personnes ne permet pas son audition, elle peut se faire représenter par la personne de son choix. Le procès-verbal mentionne l'audition ou la non-audition de ces personnes.

Toute personne qui est entendue peut se faire accompagner par une personne de son choix. Dans l'intérêt du jeune des entretiens séparés peuvent avoir lieu.

Toute décision portant sur une mesure d'aide individuelle doit être communiquée au jeune qui a 12 ans accomplis ainsi qu'aux personnes chargées de son éducation.

Art. 6. Le but premier de toutes les mesures est de maintenir le jeune dans son milieu familial habituel, à moins que ne ce soit contraire à son intérêt.

Si le placement s'avère nécessaire, il se fera, en particulier pour les enfants de moins de 7 ans, autant que possible dans une famille d'accueil.

Sauf si l'intérêt du jeune l'interdit, la personne ou l'institution qui héberge le jeune veille à ce que les contacts avec la famille soient maintenus ou tout du moins favorisés.

CHAPITRE II. — *Le Conseil de l'aide à la jeunesse**Section Ire. — Dispositions générales*

Art. 7. Il est institué un Conseil de l'aide à la jeunesse, dont le siège est fixé par le Gouvernement.

Le Conseil favorise, coordonne et décide des initiatives et mesures en matière d'aide à la jeunesse et supervise l'exécution des initiatives et mesures qu'il a décidées.

La mission du Conseil est d'examiner l'évolution de la jeunesse ayant un intérêt pour l'application du présent décret. Il rédige un rapport sur l'aide à la jeunesse par mandat, qui comporte un bilan des activités, une analyse critique de la situation de l'aide à la jeunesse dans la Communauté germanophone et des propositions pour le travail futur du Conseil.

(1) *Session 1994-1995.*

Documents du Conseil : 122 (1993-1994) N° 1. Projet de décret/Proposition de décret. — 122 (1993-1994) N°s 2-3. Proposition(s) d'amendement. — 122 (1993-1994) N° 4. Rapport. Proposition(s) d'amendement relative(s) au texte adopté par la Commission.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 20 mars 1995.

Le Gouvernement soumet à l'avis du Conseil tous avant-projets de décrets modificatifs du présent décret ainsi que des arrêtés d'exécution. Cet avis est sensé émis si le Gouvernement ne l'a pas reçu deux mois après l'avoir sollicité.

Le Conseil rend des avis à la demande du Gouvernement ou d'initiative.

Il se donne un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement et qui fixe entre autres le fonctionnement du Conseil, du bureau et du service de l'aide à la jeunesse.

Art. 8. § 1er. Le Conseil se compose de dix-neuf membres effectifs, qui sont nommés par le Gouvernement pour une durée de six ans. Le mandat est renouvelable.

§ 2. Sont représentés au Conseil par une personne :

- chaque centre public d'aide sociale de la région de langue allemande;
- les centres psycho-médicaux-sociaux actifs dans la région de langue allemande;
- les maisons d'enfants du Centre public d'aide sociale d'Eupen;
- le service pour l'enfant et la famille;
- le centre socio-psychologique;
- les projets;
- le Conseil de la jeunesse germanophone;
- la ligue des familles.

Chacune des ces institutions ou chaque catégorie d'institutions propose au Gouvernement un candidat à la nomination.

Le Gouvernement nomme les autres membres en raison de leur expérience qui peut présenter un intérêt pour le Conseil de l'aide à la jeunesse.

§ 3. Une absence non excusée à trois séances plénières successives entraîne la perte du mandat. Le président constate l'absence non excusée aux séances.

Lorsqu'un membre perd son mandat ou démissionne, un successeur est nommé aux mêmes conditions que la personne à remplacer et termine le mandat de celle-ci.

Art. 9. Le Conseil se réunit au moins deux fois par an sur invitation du président.

Un représentant du Gouvernement, du procureur du Roi, du service de l'aide à la jeunesse et du service de l'aide judiciaire à la jeunesse sont invités à chaque séance. Ceux-ci disposent d'une voix consultative.

Art. 10. Le Conseil vote chaque année, avant la fin du mois de mai, le rapport d'activité de l'année précédente. Ce rapport est transmis au Gouvernement, au Conseil de la Communauté germanophone ainsi qu'au tribunal de la jeunesse et au procureur du Roi.

Sur la base des rapports semestriels intermédiaires portant sur l'évolution du travail réalisé en commission et les mesures d'aide individuelle qui sont soumis au Conseil conformément aux articles 17 et 24, celui-ci peut prendre des mesures en matière de prévention générale.

Art. 11. Le Gouvernement nomme parmi les membres du Conseil un président et deux vice-présidents.

Une de ces personnes doit représenter les centres publics d'aide sociale. Deux de ces personnes au plus peuvent être du même sexe. Une de ces personnes au moins doit avoir moins de 35 ans au moment de la nomination.

Le Gouvernement fixe l'indemnisation des membres, du président, des vice-présidents, des assesseurs, des chefs des commissions ainsi que des experts éventuellement consultés.

Section 2. — Le bureau

Art. 12. Le bureau se compose du président et des vice-présidents du Conseil ainsi que de deux assesseurs élus par le Conseil.

Art. 13. Le bureau se réunit sur invitation du président ou sur demande d'au moins trois de ses membres au moins une fois par mois.

Art. 14. Dans le cadre des mesures d'aide individuelle, le bureau est chargé des missions suivantes :

1. La confirmation ou le rejet d'une décision prise par le service de l'aide à la jeunesse dans le cadre de l'article 20, § 1er.

2. Dans le cadre des conditions fixées par le Gouvernement, le bureau décide :

a) des mesures d'aide exécutées à l'intérieur de la région de langue allemande par une personne ou une institution appropriée et agréée ou un projet approprié;

b) des mesures d'aide exécutées en dehors de la région de langue allemande lorsque l'instance exécutante est reconnue par l'autorité compétente et lorsqu'il existe un accord de coopération en la matière.

3. A la demande du service de l'aide à la jeunesse le bureau peut discuter d'un cas particulier et aider le travailleur social responsable à prendre une décision.

4. Le bureau reçoit les plaintes portant sur l'exécution de mesures. Il peut charger d'une enquête un travailleur social du service d'aide à la jeunesse. Lorsque le bureau constate des irrégularités ou des manquements pédagogiques, le rapport sera transmis à l'autorité compétente.

Toutes les décisions prises en vertu de cet article sont communiquées par écrit aux intéressés.

Art. 15. Lorsque des désaccords entre le service de l'aide à la jeunesse et les intéressés rendent impossible une coopération ou font craindre qu'il sera unilatéralement mis fin au travail, le bureau joue à la demande du service de l'aide à la jeunesse ou des intéressés le rôle de médiateur afin de rendre possible le commencement ou la continuation du travail.

Lorsque la médiation échoue, le bureau décide de clôturer le dossier avec ou sans communication au procureur du Roi.

La décision prise est communiquée par écrit aux parties intéressées.

Art. 16. Dans le cadre de la prévention générale, le bureau est chargé des missions suivantes :

1. Il reçoit toutes les demandes en la matière et les transmet le cas échéant à une des commissions évoquées à l'article 17.

2. En cas d'urgence, il peut décider de créer une commission nouvelle, inviter quelques membres du Conseil à participer à la nouvelle commission et procéder à la nomination des membres de la commission. Cette décision doit être confirmée lors de la réunion suivante du Conseil.

Dans les limites des moyens budgétaires disponibles et aux conditions fixés par lui, le Gouvernement octroie au président un budget annuel de prévention générale. Les initiatives qui dépassent le cadre de ce budget doivent être expressément autorisées par le Gouvernement.

Section 3. — Commissions de prévention générale

Art. 17. Le Conseil constitue en son sein des commissions afin de prévoir et de réaliser des initiatives dans le cadre de la prévention générale.

Les commissions peuvent consulter des experts lors de leurs délibérations.

Dans des cas exceptionnels et avec l'autorisation du Gouvernement il peut être créé une commission composée majoritairement d'externes. Dans chaque cas, au moins un membre du Conseil doit appartenir à la commission.

Chaque commission élit en son sein, lors de sa première assemblée, un président qui convoque toutes les séances suivantes.

Chaque commission transmet semestriellement au Conseil un rapport relatif à son travail.

Art. 18. Le Conseil dissout les commissions soit d'initiative soit à leur demande après avoir entendu un rapport de clôture.

CHAPITRE III. — Le service de l'aide à la jeunesse

Art. 19. Dans le cadre de l'aide à la jeunesse, il est institué auprès du Ministère de la Communauté germanophone un service de l'aide à la jeunesse, dont le personnel est nommé par le Gouvernement. Celui-ci est appelé « Jugendhilfedienst » (service de l'aide à la jeunesse).

Les travailleurs sociaux doivent être titulaires d'un diplôme d'assistant social, d'assistant en psychologie, d'éducateur (délivré par l'enseignement supérieur social ou pédagogique de type court) ou de licencié en psychologie, en sciences sociales ou en criminologie ou d'un diplôme reconnu comme équivalent par le Gouvernement.

Le personnel du service de l'aide à la jeunesse relève de l'autorité hiérarchique du fonctionnaire compétent du Ministère de la Communauté Germanophone.

Art. 20. § 1er. Le service de l'aide à la jeunesse examine toutes les demandes d'aide qui lui sont adressées ainsi que toutes les situations auxquelles ce décret s'applique. Une demande d'aide ne peut être refusée qu'avec l'accord du bureau.

§ 2. Le service de l'aide à la jeunesse soutient et conseille le jeune ainsi que les autres personnes concernées par la situation problématique. Il informe les intéressés quant à leurs droits et obligations.

Le service de l'aide à la jeunesse soutient les intéressés le cas échéant lors des démarches en vue d'obtenir une aide ou une prestation et il demande des informations quant à cette aide ou à son refus.

Il oriente le cas échéant les intéressés vers les personnes ou institutions appropriées qui remplissent des tâches de consultation, d'accompagnement, de soutien, de thérapie ou de guidance.

§ 3. Lorsque le soutien et les conseils visés au § 2 s'avèrent insuffisants, le service de l'aide à la jeunesse peut établir et mener avec les intéressés un programme d'aide. A cette fin, il s'appuie sur toutes les institutions, projets et personnes appropriés.

En respectant les conditions énumérées aux articles 5 et 21 et avec l'accord du bureau visé à l'article 14, le service de l'aide à la jeunesse peut exceptionnellement confier le jeune à une des institutions ou personnes compétentes pour l'exécution des mesures visées à l'article 28, 6° et 8° à 11°.

Lorsque l'accord des personnes visées à l'article 21 est refusé ou retiré, le service de l'aide à la jeunesse peut, lorsqu'il ne juge pas opportun de faire une communication au procureur du Roi, introduire la procédure visée à l'article 27, § 2.

§ 4. Dans des cas exceptionnellement graves le service de l'aide à la jeunesse peut en plus consulter des experts extérieurs, relevant des milieux médicaux, psychologiques ou juridiques.

§ 5. En cas d'extrême urgence le service de l'aide à la jeunesse peut, en dérogation à l'article 15, signaler un cas directement au procureur du Roi. Il doit en rapporter sans délai au bureau.

§ 6. Le service de l'aide à la jeunesse termine son travail :

1° avec l'accord des intéressés;

2° lorsque le dossier est clôturé en application de l'article 15;

3° lorsque le tribunal de la jeunesse est saisi de l'affaire en application de l'article 27, § 1er.

§ 7. Dans le cadre de l'exécution d'une initiative décidée par une commission pour la prévention générale, des tâches bien définies peuvent être dévolues au service de l'aide à la jeunesse avec l'accord du bureau. Celles-ci ne peuvent cependant nuire en aucun cas au traitement des dossiers individuels. Le Gouvernement peut confier au service de l'aide à la jeunesse d'autres tâches dans le cadre du présent décret.

Art. 21. Sans l'accord écrit du jeune, qui a 12 ans accomplis, le service de l'aide à la jeunesse ne peut prendre aucune décision sur une mesure d'aide individuelle qui modifie sa situation de vie. Lorsque le jeune n'a pas 12 ans accomplis, l'accord écrit des personnes exerçant l'autorité parentale est requis. En cas d'impossibilité, l'accord des personnes qui ont la charge légale du jeune est requis.

Art. 22. Tout travailleur social s'occupe des cas qu'il traite sous sa propre responsabilité. Le cas échéant, les travailleurs sociaux délibèrent en commun de questions et de programmes d'aide individuelle. Ils ont droit à une supervision spécialisée. Le Gouvernement en fixe les modalités.

Art. 23. A sa demande, le procureur du Roi est informé par le service de l'aide à la jeunesse de l'existence, de la clôture, de la suspension ou de la prorogation d'une mesure d'aide individuelle.

Art. 24. Le Gouvernement désigne un chef de service parmi les travailleurs sociaux visés à l'article 19.

Le chef de service dirige le personnel et veille au bon fonctionnement du service.

Les questions de prévention générale sont transmises par lui au bureau.

Le chef de service soumet au bureau, au Conseil et au Gouvernement :

— semestriellement un rapport intermédiaire relatif à l'évolution des mesures d'aide individuelle;

— annuellement une analyse de l'évolution des mesures d'aide individuelle tenant compte de la nature des demandes, de la durée des délibérations, du nombre d'interventions courantes et clôturées et d'autres faits significatifs.

Les rapports et analyses visés à l'alinéa précédent sont rédigés de façon à garder en toutes circonstances l'anonymat des personnes concernées.

Art. 25. Il est institué auprès du Ministère de la Communauté germanophone un secrétariat, dont le personnel est nommé par le Gouvernement. Ce secrétariat est, sous la direction du chef de service, mis à la disposition du service de l'aide à la jeunesse et du Conseil.

Le secrétariat rédige les procès-verbaux des réunions du Conseil, du bureau et des commissions ainsi que le rapport semestriel relatif au travail des commissions. Le secrétariat assure en plus l'exécution des initiatives décidées au sein d'une commission de prévention générale.

CHAPITRE IV. — Aide judiciaire à la jeunesse

Art. 26. § 1er. Dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, il est institué auprès du Ministère de la Communauté germanophone un service social, dont le personnel est nommé par le Gouvernement. Celui-ci est appelé « Jugendgerichtsdienst » (service de l'aide judiciaire à la jeunesse).

Les travailleurs sociaux doivent être titulaires d'un des diplômes énumérés à l'article 19, alinéa 2.

Le personnel du service de l'aide judiciaire à la jeunesse est soumis à l'autorité hiérarchique du fonctionnaire compétent du ministère de la Communauté germanophone.

Le Gouvernement désigne au sein du service de l'aide judiciaire à la jeunesse un chef de service. Celui-ci dirige le personnel et veille au bon fonctionnement du service.

Tout travailleur social s'occupe des cas qu'il traite sous sa propre responsabilité. Ils ont droit à une supervision spécialisée. Le Gouvernement en fixe les modalités.

§ 2. Le service de l'aide judiciaire à la jeunesse mène des enquêtes préliminaires à la demande du tribunal de la jeunesse ou du procureur du Roi. Il organise l'exécution des décisions prises par le tribunal de la jeunesse et mène à des intervalles réguliers des enquêtes postérieures pour proposer si nécessaire au procureur de Roi une modification de la mesure. Il coordonne la coopération avec d'autres services, institutions et projets.

Le Gouvernement peut charger d'autres tâches dans le cadre du présent décret le service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Art. 27. § 1er. Le tribunal de la jeunesse est saisi par le procureur du Roi d'une affaire concernant les jeunes, lorsqu'une des mesures énumérées à l'article 28 semble nécessaire après transmission d'une affaire par le bureau en application de l'article 15 ou après communication par le service de l'aide à la jeunesse en application de l'article 20, § 5.

§ 2. Le tribunal de la jeunesse est saisi par voie de requête par le bureau, lorsqu'il semble nécessaire d'ordonner une ou plusieurs mesures dans le cadre du programme d'aide visé à l'article 20, § 3.

Les mesures ordonnées en application de ce paragraphe, ne peuvent dépasser la durée maximale d'un mois.

§ 3. Dans tous les cas où les intérêts du jeune sont menacés et dont il reconnaît l'urgence, le juge de la jeunesse peut ordonner sur requête du procureur du Roi provisoirement et pour une durée maximale de sept jours chaque mesure qui semble opportune.

En cas de danger imminent, le procureur du Roi peut ordonner une de ces mesures provisoires, qui cependant perd son effet après trois jours, si elle n'a pas été approuvée par le juge de la jeunesse.

Art. 28. Le tribunal de la jeunesse peut, en application de l'article 27, § 1er, ordonner une ou plusieurs des mesures suivantes :

1° imposer pour une durée maximale de deux ans un accompagnement pédagogique ou thérapeutique au jeune et/ou aux personnes qui exercent l'autorité parentale envers le jeune ou en ont la garde;

2° imposer pour une durée maximale de deux ans un accompagnement de la famille par une institution reconnue;

3° confier à un projet, pour une durée maximale de deux ans, le jeune éventuellement ensemble avec les personnes qui exercent l'autorité parentale envers lui ou en ont la garde;

4° placer pour une durée maximale d'un an, le jeune sous la surveillance du service de l'aide judiciaire à la jeunesse;

5° imposer au jeune, pour une durée maximale de six mois, un programme éducatif;

6° faire fréquenter le jeune pour une durée maximale d'un an une institution semi-résidentielle;

7° permettre au jeune, qui a 16 ans accomplis, d'avoir sous surveillance régulière, un logement indépendant;

8° soumettre le jeune pour une durée maximale de trente jours à l'accompagnement d'un centre d'accueil et d'orientation;

9° soumettre le jeune pour une durée maximale de soixante jours à l'accompagnement d'un centre d'observation;

10° confier le jeune à une famille d'accueil agréée;

11° confier exceptionnellement le jeune pour une durée maximale de deux ans à une institution appropriée à régime ouvert;

12° confier exceptionnellement le jeune âgé de 14 ans accomplis, pour une durée maximale de six mois, à une institution appropriée à régime fermé, lorsqu'il a été prouvé qu'il s'est soustrait plusieurs fois aux mesures reprises aux points 10° et 11° et qu'une telle mesure est nécessaire pour sauvegarder l'intégrité de la personne du jeune.

Art. 29. Le tribunal de la jeunesse charge :

1° un service du Gouvernement ou une institution agréée de l'exécution des mesures énoncées à l'article 28, 5°, 6°, 7°, 8°, 9° et 11° et de l'accompagnement des intéressés et des familles d'accueil auxquelles des jeunes ont été confiés en application de l'article 28, 10°;

2° dans des cas exceptionnels et justifiés, une des institutions agréées par les autorités compétentes en dehors du territoire de langue allemande de l'exécution des mesures énoncées à l'article 28, 3°, 5°, 6°, 8°, 9°, 11° et 12°, lorsqu'il existe un accord de coopération en la matière.

Art. 30. Dans les cas prévus à l'article 27, § 1er, le tribunal de la jeunesse peut ordonner les mesures prévues à l'article 28 avant et pendant la procédure sur le fond de l'affaire. Il peut à tout moment, d'office, à la demande du jeune, de son représentant légal, du service de l'aide judiciaire à la jeunesse ou du procureur du Roi, suspendre ces mesures ou les remplacer par une autre des mesures prévues. Plusieurs mesures peuvent être arrêtées simultanément.

Sauf prorogation, les mesures visées à l'article 28, 1°, 2°, 3°, 4°, 5°, 6°, 7°, 10°, 11° et 12° prennent fin à l'échéance du terme fixé. Une mesure ne peut jamais être prorogée qu'à raison de la durée maximale fixée à l'article 28. Les mesures prévues à l'article 28, 8° et 9° ne peuvent être prorogées qu'une fois.

La durée maximale de toutes les mesures provisoires est limitée à douze mois. Lorsqu'une mesure prise après la procédure sur le fond est remplacée par une autre mesure, celle-ci se termine à la date à laquelle aurait pris fin la mesure qui a été remplacée.

CHAPITRE V. — *Prolongation de l'octroi de l'aide au-delà de la majorité*

Art. 31. § 1er. Une prolongation d'un an au plus peut être accordée aux jeunes qui, avant d'avoir 18 ans accomplis, sont impliqués dans une mesure éducative organisée par le service de l'aide à la jeunesse ou imposée par le tribunal de la jeunesse, même si l'intéressé avait alors dépassé l'âge de 18 ans.

§ 2. A cette fin, le jeune adresse une demande écrite au Gouvernement accompagnée d'un avis de l'instance qui a décidé la mesure et de l'instance qui l'héberge ou l'accompagne. Le jeune y indique la durée pour laquelle il souhaite une prolongation.

Cette demande de prolongation doit être introduite au plus tard un mois avant d'avoir atteint la majorité ou avant l'expiration d'une prolongation déjà décidée.

Sur demande motivée une prolongation peut être renouvelée, mais ne peut jamais aller au-delà de 21 ans.

Le jeune peut à tout moment mettre fin à la prolongation avant l'expiration du terme par une communication au Gouvernement et à l'instance qui a décidé la mesure.

CHAPITRE VI. — *Agréation et subventionnement de personnes et institutions pour l'accompagnement et la guidance de jeunes ainsi que de services d'adoption et de projets*

Art. 32. Toute personne physique ou morale qui accueille ou accompagne régulièrement des jeunes dans le cadre du présent décret, doit être agréée à cette fin par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les conditions d'agrément. Celles-ci concernent notamment :

- a) les conditions générales au niveau du personnel et l'infrastructure matérielle;
- b) les soins, l'enseignement, la formation professionnelle et le système éducatif des jeunes;
- c) le concept et le programme pédagogiques;
- d) le financement.

L'agrément est accordée pour une durée renouvelable de trois ans.

Art. 33. Toute demande d'agrément est soumise au tribunal de la jeunesse et au bureau pour avis. Cet avis est censé acquis, s'il n'est pas donné endéans le mois de sa demande.

Art. 34. Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément ne sont plus remplies, la personne physique ou morale concernée dispose d'un délai de six mois au plus pour se mettre en règle.

Le Gouvernement retire l'agrément lorsque les conditions ne sont pas remplies au terme de ce délai.

Art. 35. Lorsqu'une institution agréée ou un service agréé passe sous un autre pouvoir organisateur, l'agrément doit être confirmé conformément aux conditions fixées par le Gouvernement.

L'agrément reste valable jusqu'à ce qu'elle soit confirmée ou retirée.

Art. 36. § 1er. Toute personne physique ou morale qui exerce des activités dans la région de langue allemande au niveau de la consultation et de la médiation en matière d'adoption doit être agréée à cette fin par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les conditions d'agrément. Celles-ci concernent notamment :

- a) la qualification des collaborateurs;
- b) l'infrastructure matérielle;
- c) les tâches minimales à remplir.

L'agrément est accordée pour une durée renouvelable de trois ans.

§ 2. Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément ne sont plus remplies, la personne physique ou morale concernée dispose d'un délai de six mois au plus pour se mettre en règle.

Le Gouvernement retire l'agrément lorsque les conditions ne sont pas remplies au terme de ce délai.

§ 3. Le Gouvernement peut autoriser les services d'adoption agréés dans les autres communautés pour la médiation en matière d'adoption à exercer des activités dans la région de langue allemande.

Art. 37. Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles les personnes physiques ou morales agréées en vertu du présent décret peuvent obtenir des subsides. Ces subsides se rapportent aux frais de personnel et de fonctionnement.

Le financement des projets est réglé dans la convention respective.

Art. 38. Le Gouvernement détermine la participation des jeunes et des débiteurs d'aliments aux frais d'entretien, d'éducation et de traitement des jeunes ainsi que l'affectation du salaire des jeunes qui ont été placés conformément aux dispositions de ce décret ou d'une loi imposant des mesures envers les jeunes ayant commis un fait qualifié infraction.

Le bureau ou le tribunal de la jeunesse calcule selon ces règles la participation du jeune et des débiteurs d'aliments ainsi que l'affectation du salaire.

Pendant la minorité, les montants des revenus qui ont été versés sur un livret d'épargne ou sur un compte auprès d'une institution de crédit, ne peuvent être prélevés sans l'autorisation expresse du bureau ou du tribunal de la jeunesse.

CHAPITRE VII. — *Dispositions pénales*

Art. 39. Nonobstant l'application des articles 29 et 30 du Code d'instruction criminelle, l'article 458 du Code pénal est applicable aux personnes qui contribuent à l'exécution du présent décret.

Ces personnes doivent avertir les autorités compétentes lorsqu'elles ont connaissance d'un des délits prévus aux articles 372 à 378bis et aux articles 398 à 405 du Code pénal commis à l'encontre des personnes prévues à l'article 410 du même Code.

Art. 40. Quiconque héberge régulièrement un jeune en application du présent décret sans être agréé ou qui continue de le faire malgré une décision refusant ou retirant l'agrément est passible d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de vingt-cinq à cinq mille francs ou de l'une de ces deux peines seulement.

Art. 41. Le non-respect des obligations qui sont imposées en application de l'article 39 du présent décret est punissable d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de cinquante à cinq mille francs ou de l'une de ces deux peines seulement.

Art. 42. Toute personne physique qui intervient comme médiateur lors d'adoptions ou qui dirige une institution d'adoption qui n'a pas été agréée conformément aux dispositions du présent décret, est passible d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de vingt-cinq à cinq mille francs ou de l'une de ces deux peines seulement.

CHAPITRE VIII. — *Dispositions abrogatoires, modificatives, transitoires et finales*

Art. 43. A la loi du 8 avril 1965 sur la protection de la jeunesse sont apportées les modifications suivantes :

1° les articles 1er et 2, article 3, modifiés par la loi du 9 mai 1972, les articles 4, 5, 6, 30, 31 et 36, alinéa 1er, 1° à 3°, article 64, modifiés par la loi du 25 juin 1969, les articles 66, 67, 68 et 69, alinéa 1er, a) et alinéa 2, et les articles 70, 71, 72, 74, alinéa 1er et 79 alinéa 1er, sont abrogés;

2° l'article 37, modifié par le décret du 18 février 1991 et les lois des 24 décembre 1992 et 2 février 1994, les articles 39, 41 et 42, modifiés par la loi du 2 février 1994, l'article 52, modifié par les lois du 2 février et du 30 juin 1994, l'article 53, modifié par les lois des 2 février 1994 et du 30 juin 1994, et l'article 60, modifié par la loi du 2 février 1994, sont abrogés pour autant qu'il ne concernent pas des jeunes qui ont commis un fait qualifié infraction;

3° à l'article 29, alinéas 2 et 3, l'article 34, alinéa 1er, modifié par la loi du 31 mars 1987, et l'article 86, alinéa 1er, c), les mots « comité de protection de la jeunesse » sont remplacés par les mots « service de l'aide judiciaire à la jeunesse »;

4° à l'article 63, alinéa 1er, modifié par la loi du 2 février 1994, la partie de phrase « 1., 3., et » est supprimée;

5° à l'article 74, alinéa 2, les mots « un délégué à la protection de la jeunesse » sont remplacés par les mots « le service de l'aide judiciaire à la jeunesse »;

6° à l'article 79, alinéa 2, les mots « visés à l'alinéa précédent » sont remplacés par les mots « à l'exception des internats et pensionnats y assimilés qui hébergent habituellement, de façon collective, des jeunes non protégés par ce décret ou d'autres dispositions légales ».

Art. 44. Le décret du 18 février 1991 portant continuation de certaines mesures de protection de la jeunesse au-delà de l'âge de 18 ans est abrogé.

Art. 45. Le Gouvernement fixe la durée du mandat des membres du premier Conseil de l'aide à la jeunesse.

Le comité de protection de la jeunesse nommé en application de la loi du 8 avril 1965 et son bureau exercent leurs missions jusqu'à l'installation du premier Conseil de l'aide à la jeunesse et de son bureau.

Art. 46. En ce qui concerne les affaires pendantes devant le tribunal de la jeunesse, les délais concernant la durée des mesures prévus au présent décret ne prennent effet que le jour suivant le jour d'entrée en vigueur du présent décret.

Art. 47. Le présent décret entre en vigueur le 1er mai 1995.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 mars 1995.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture,
de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

B. GENTGES

Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés,
de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 95 — 1080

[S-C — 33038]

20 MAART 1995. — Decreet over jeugdbijstand (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° jongere : elke persoon onder 18 jaar en elke persoon onder 21 jaar, voor wie de hulpverlening vóór het bereiken van de leeftijd van 18 jaar aangevraagd werd;

2° familiaal leefmilieu : de personen, die de familiale omgeving van de jongeren vormen, zonder dat er een wettelijke verhouding moet bestaan;

3° pleeggezin : de persoon of personen aan wie een jongere door zijn ouders of in het kader van een maatregel van de Raad voor jeugdbijstand of de jeugdrechtsbank toevertrouwd werd;

4° erkende persoon of inrichting : de rechtspersoon of natuurlijke persoon, die in toepassing van de artikelen 32 en 36 van dit decreet door de Regering erkend is;

5° project : de taak of activiteit die beschreven is in een overeenkomst gesloten tussen de Regering en een natuurlijke of een rechtspersoon;

6° jeugdbijstand : elke maatregel, die op basis van dit decreet en zijn uitvoeringsbesluiten wordt genomen;

7° Raad : de Raad voor jeugdbijstand van de Duitstalige Gemeenschap;

8° bureau : het bureau van de Raad voor jeugdbijstand van de Duitstalige Gemeenschap;

9° vrijwillige jeugdbijstand : individuele hulpmaatregelen die door het bureau of de dienst voor jeugdbijstand samen met de betrokkenen beslist worden;

10° gerechtelijke jeugdbijstand : individuele hulpmaatregelen, die door de jeugdrechtsbank opgelegd worden.

(1) *Zitting 1994-1995.*

Bescheiden van de Raad : 122 (1993-1994) Nr. 1. Ontwerp van decreet/Voorstel van decreet. — 122 (1993-1994) Nr. 2-3. Voorstel tot wijziging. — 122 (1993-1994) Nr. 4. Verslag. Voorstel(len) tot wijziging betreffende de tekst, goedgekeurd door de Commissie.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 20 maart 1995.

Art. 2. Dit decreet is van toepassing op :

1° elke jongere wiens lichamelijke of fysieke integriteit, wiens affectieve, morele, intellectuele of sociale ontwikkeling door zijn eigen gedrag, dat van zijn opvoeders of dat van derden, door zijn levensomstandigheden, door relationele conflicten of door bijzondere gebeurtenissen bedreigd is;

2° elke persoon die bij de uitoefening van het ouderlijk gezag of bij de opvoeding aanzienlijke moeilijkheden heeft;

3° alle natuurlijke personen en rechtspersonen die in om het even welke hoedanigheid hun medewerking verlenen aan de uitvoering van maatregelen in het kader van de jeugdbijstand.

Art. 3. Iedere jongere heeft recht op de hulpverlening georganiseerd in het kader van dit decreet. Deze hulpverlening heeft tot doel de jongere een behoorlijk leven mogelijk te maken en zijn ontwikkeling in optimale omstandigheden te bevorderen.

Art. 4. Iedere persoon die zijn medewerking aan de uitvoering van dit decreet verleent, is ertoe verplicht de feiten die hem tijdens de uitoefening van zijn opdracht toevertrouwd worden en die daarop betrekking hebben vertrouwelijk te behandelen.

Zij moet de godsdienstige, filosofische en politieke overtuigingen van de jongere alsmede de hem toegewezen rechten eerbiedigen en in zijn belang handelen.

Art. 5. In het kader van de vrijwillige jeugdbijstand kan over geen individuele hulpmaatregel beslist worden, zonder de door deze maatregel betrokken personen vooraf te hebben gehoord, tenzij dit wegens hun leeftijd, hun gezondheid of wegens een uiterst dringende noodzakelijkheid onmogelijk zou zijn. Indien een van deze personen wegens zijn gezondheidstoestand niet kan verschijnen, mag hij zich door een persoon van zijn keuze laten vertegenwoordigen. Het proces-verbaal vermeldt of deze personen al dan niet gehoord werden.

Iedere persoon die gehoord wordt, kan zich door een persoon van zijn keuze laten begeleiden. In het belang van de jongere kunnen afzonderlijke gesprekken plaatsvinden.

Elke beslissing over een individuele hulpmaatregel moet de jongere zodra hij de volle leeftijd van 12 jaar bereikt heeft, alsmede zijn opvoeders schriftelijk worden medegedeeld.

Art. 6. Het voornaamste doel van alle maatregelen is dat de jongere in zijn gewoon familiaal leefmilieu blijft, behalve wanneer dit onwille van zijn eigen belang anders moet.

Indien een plaatsing noodzakelijk blijkt, gebeurt die vooral voor kinderen tot zeven jaar als het mogelijk is, in een pleeggezin.

Behalve wanneer het niet in het belang van de jongere is, zorgt de persoon of inrichting die de jongere herbergt ervoor dat de contacten met het gezin gehandhaafd of ten minste bevorderd worden.

HOOFDSTUK II. — De Raad voor jeugdbijstand

Afdeling 1 — Algemene bepalingen

Art. 7. Er wordt een Raad voor jeugdbijstand opgericht, waarvan de zetel door de Regering wordt vastgelegd.

De Raad bevordert, coördineert en beslist initiatieven en maatregelen op het gebied van de jeugdbijstand en houdt toezicht op de uitvoering van de door hem besloten initiatieven en maatregelen.

Het is de taak van de Raad de voor de toepassing van dit decreet relevante ontwikkeling van de jeugd te onderzoeken. Hij stelt een bericht over de jeugdbijstand per ambtsduur op, dat een balans, een kritische analyse van de situatie op het vlak van de jeugdbijstand in de Duitstalige Gemeenschap en voorstellen voor het toekomstig werk van de Raad omvat.

De Regering legt alle voorontwerpen van decreten tot wijziging alsmede van besluiten ter uitvoering van dit decreet voor advies voor. Dit advies wordt geacht te zijn gegeven, als het niet binnen de twee maanden na de aanvraag voorligt.

De Raad brengt adviezen uit op aanvraag van de Regering of op eigen initiatief.

Hij neemt een huishoudelijk reglement aan, dat door de Regering moet worden goedgekeurd en o.a. de werking van de Raad, die van het bureau en de dienst voor jeugdbijstand vastlegt.

Art. 8. § 1. De Raad bestaat uit negentien werkende leden, die voor de duur van zes jaar door de Regering worden benoemd. Het mandaat is hernieuwbaar.

Het mandaat van de raadsleden begint tussen 1 mei en 1 juli van het jaar volgend op de gemeenteraadsverkiezingen.

§ 2. Zijn in de Raad met een persoon vertegenwoordigd :

- ieder openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van het Duitse taalgebied;
- de in het Duitse taalgebied werkzame psycho-medico-sociale centra;
- de kinderhuizen van het Openbaar Centrum voor maatschappelijk welzijn van Eupen;
- de dienst voor kind en familie;
- het sociaal-psychologisch centrum;
- de projecten;
- de Raad van de duitstalige jeugd;
- de bond van de families.

Elk van deze inrichtingen of elke categorie van inrichtingen stelt de Regering één kandidaat voor de benoeming voor.

De Regering benoemt de andere leden op basis van hun ervaring, die voor de Raad voor jeugdbijstand van belang kan zijn.

§ 3. Indien een lid bij drie opeenvolgende algemene vergaderingen zonder verontschuldiging afwezig is verliest hij zijn mandaat. De voorzitter stelt deze afwezigheid bij de vergaderingen vast.

Wanneer een lid zijn mandaat verliest of zijn ontslag geeft, wordt onder dezelfde voorwaarden als degene die voor de te vervangen persoon van toepassing waren een opvolger benoemd, die het mandaat van zijn voorganger beëindigt.

Art. 9. De Raad vergadert ten minste twee keer per jaar op uitnodiging van de voorzitter.

Voor elke zitting wordt respectievelijk een vertegenwoordiger van de Regering, van de procureur des Konings, van de dienst voor jeugdbijstand en van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand uitgenodigd. Dezen hebben raadgevende stem.

Art. 10. De Raad neemt elk jaar voor einde mei het verslag over de activiteiten van het voorafgaande jaar aan. Dit verslag wordt de Regering, de Raad van de Duitstalige Gemeenschap alsmede de jeugdrechtbank en de procureur des Konings toegestuurd.

Op basis van de semestriële tussenverslagen over de ontwikkeling van het commissiewerk en de individuele hulpmaatregelen, die de Raad bij toepassing van de artikelen 17 en 24 voorgelegd worden, kan de Raad initiatieven op het gebied van de algemene preventie nemen.

Art. 11. De Regering benoemt onder de leden van de Raad een voorzitter en twee vice-voorzitters.

Eén van deze personen moet de openbare centra voor maatschappelijk welzijn vertegenwoordigen. Ten hoogste twee leden mogen tot hetzelfde geslacht behoren. Ten minste een lid moet op het ogenblik van de benoeming jonger dan 35 jaar zijn.

De Regering legt de vergoeding vast voor de leden, de voorzitter, de vice-voorzitters, de bijzitters, de commissieleden alsmede voor de deskundigen op wie eventueel een beroep wordt gedaan.

Afdeling 2. — Het bureau

Art. 12. Het bureau bestaat uit de voorzitter en de vice-voorzitters van de Raad alsmede twee door de Raad verkozen bijzitters.

Art. 13. Het bureau vergadert op uitnodiging van de voorzitter of op aanvraag van ten minste drie leden van het bureau ten minste een keer per maand.

Art. 14. Het bureau heeft in het kader van de individuele hulpmaatregelen volgende taken :

1. De bekrachtiging of verwerping van een in het kader van artikel 20, § 1, genomen beslissing van de dienst voor jeugdbijstand.

2. In het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden beslist het bureau :

a) over hulpmaatregelen, die binnen het Duitse taalgebied, door een geschikte erkende persoon of inrichting of een geschikt project uitgevoerd worden;

b) over hulpmaatregelen die buiten het Duitse taalgebied uitgevoerd worden wanneer de uitvoerende instantie door de bevoegde overheid erkend is en wanneer er een desbetreffend samenwerkingsakkoord bestaat.

3. Op verzoek van de dienst voor jeugdbijstand kan het bureau over een individueel geval beraadslagen en de verantwoordelijke maatschappelijk werker helpen een beslissing te nemen.

4. Het bureau ontvangt de bezwaren ingediend tegen de uitvoering van maatregelen. Het kan een maatschappelijk werker van de dienst voor jeugdbijstand met een onderzoek belasten. Wanneer het bureau onregelmatigheden of pedagogische fouten vaststelt, wordt het verslag aan de bevoegde overheid doorgezonden.

Alle op basis van dit artikel genomen beslissingen worden de betrokkenen schriftelijk medegedeeld.

Art. 15. Indien meningsverschillen tussen de dienst voor jeugdbijstand en de betrokken personen de samenwerking onmogelijk maken of een unilaterale beëindiging van het werk laten vrezen, treedt het bureau op verzoek van de dienst voor jeugdbijstand of van de betrokkenen als bemiddelaar op om het begin of de voortzetting van het werk mogelijk te maken.

Indien de bemiddeling mislukt, beslist het bureau, of het geval met of zonder melding aan de procureur des Konings afgesloten wordt.

De beslissing wordt de betrokken partijen schriftelijk medegedeeld.

Art. 16. In het kader van de algemene preventie heeft het bureau volgende taken :

1. Het ontvangt alle desbetreffende aanvragen en verwijst ze desgevallend aan één van de in artikel 17 vermelde commissies door.

2. Het kan in dringende gevallen de oprichting van een nieuwe commissie beslissen, enkele leden van de Raad tot deelneming aan de nieuwe commissie oproepen en de commissieleden benoemen. Deze beslissing moet bij de volgende zitting van de Raad worden bekrachtigd.

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kent de Regering onder de door haar vastgestelde voorwaarden aan het bureau een jaarlijkse begroting voor de algemene preventie toe. Initiatieven die de begroting overschrijden moeten uitdrukkelijk door de Regering worden goedgekeurd.

Afdeling 3. — Commissies voor de algemene preventie

Art. 17. De Raad richt onder zijn leden commissies op om initiatieven in het kader van de algemene preventie te plannen en te verwezenlijken.

De commissies mogen deskundigen tot hun beraadslagingen uitnodigen.

In uitzonderingsgevallen en met akkoord van de Regering kan er een commissie opgericht worden, die hoofdzakelijk uit niet-raadsleden bestaat. In elk geval moet ten minste één lid van de Raad de commissie toebehoren.

Op haar eerste zitting kiest elke commissie onder haar leden een leider die alle volgende zittingen bijeenroept en het voorzitterschap waarneemt.

Elke commissie brengt een semestrieel verslag uit over haar werk en deelt het aan de Raad mee.

Art. 18. De Raad heft de commissies ofwel op eigen initiatief ofwel op hun verzoek op, na een eindverslag te hebben gehoord.

HOOFDSTUK III. — De dienst voor jeugdbijstand

Art. 19. In het kader van de jeugdbijstand wordt bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een sociale dienst opgericht waarvan het personeel door de Regering wordt benoemd. Deze wordt « Jugendhilfedienst » (dienst voor jeugdbijstand) genoemd.

De maatschappelijk werkers moeten houder zijn van een diploma van sociaal assistent, van assistent in psychologie, van opvoeder (van het hoger sociaal of pedagogisch onderwijs van het korte type) of van licentiaat in de psychologie, sociale wetenschappen of criminologie of van een door de Regering als gelijkwaardig erkend diploma zijn.

Het personeel van de dienst voor jeugdbijstand staat onder het hiërarchisch gezag van de bevoegde ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 20. § 1. De dienst voor jeugdbijstand onderzoekt alle individuele hulpaanvragen die hem toekomen alsmede alle hem bekende situaties op die dit decreet van toepassing is. Een aanvraag kan enkel met het akkoord van het bureau worden verworpen.

§ 2. De dienst voor jeugdbijstand ondersteunt de jongere alsmede de anderen, van de probleemsituatie betrokken personen en geeft hen raad. Hij informeert de betrokkenen omtrent hun rechten en plichten.

De dienst voor jeugdbijstand ondersteunt de betrokkenen eventueel bij de aanvraag om een hulp- of dienstverlening en wint inlichtingen in over de verlening of over de weigering ervan.

Zo nodig oriënteert hij de betrokkenen naar de geschikte personen of inrichtingen toe, die raadgevende, begeleidende, ondersteunende, therapeutische of verzorgende opdrachten waarnemen.

§ 3. Wanneer de in § 2 bedoelde ondersteuning en raadgeving niet het gewenste succes hebben kan de dienst voor jeugdbijstand met de betrokkenen een hulpprogramma opstellen en uitvoeren. Daarbij steunt hij zich op de geschikte inrichtingen, projecten en personen.

Met inachtneming van de in de artikelen 5 en 21 voorziene voorwaarden en met het in artikel 14 voorziene akkoord van het bureau kan de dienst voor jeugdbijstand de jongere uitzonderlijk aan een inrichting of een persoon toevertrouwen die voor de uitvoering van de in artikel 28, 6° en 8° tot 11° opgesomde maatregelen bevoegd is.

Wanneer het akkoord van de in artikel 21 bedoelde personen geweigerd of teruggetrokken wordt, kan de dienst voor jeugdbijstand, indien hij een melding aan de procureur des Konings niet voor aangewezen acht, het in artikel 27, § 2, bedoelde rechtsgeding instellen.

§ 4. In bijzonder ernstige gevallen kan de dienst voor jeugdbijstand bovendien een beroep doen op buitenstaande deskundigen vanuit het medisch, psychologisch of juridisch milieu.

§ 5. Bij uiterste hoogdringendheid kan de dienst voor jeugdbijstand in afwijking van artikel 15 een geval onmiddellijk aan de procureur des Konings melden. Hiervan moet hij het bureau zo snel mogelijk melding maken.

§ 6. De dienst voor jeugdbijstand beëindigt zijn werk :

1° met het akkoord van de betrokkenen;

2° wanneer de zaak in toepassing van artikel 15 afgesloten wordt;

3° wanneer de jeugdrechtbank in toepassing van artikel 27, § 1, met de zaak belast is.

§ 7. In het kader van de uitvoering van een in een commissie voor de algemene preventie besloten initiatief kunnen nauwkeurig beschreven taken met akkoord van het bureau aan de dienst voor jeugdbijstand worden overgedragen. Deze mogen echter in geen geval de behandeling van individuele dossiers aantasten. De Regering kan de dienst voor jeugdbijstand verdere opgaven in het kader van dit decreet toevertrouwen.

Art. 21. De dienst voor jeugdbijstand mag zonder schriftelijke toestemming van de jongere geen beslissing over een individuele hulpmaatregel nemen die de levensomstandigheden van de jongere verandert, wanneer die de volle leeftijd van 12 jaar bereikt heeft. Wanneer de jongere de volle leeftijd van 12 jaar niet bereikt heeft, moet de schriftelijke toestemming van de personen worden ingewonnen die het ouderlijk gezag uitoefenen. Wanneer dit niet mogelijk is, moet de instemming van de personen worden ingewonnen die de jongere rechtmatig onder hun bewaring hebben.

Art. 22. Elk maatschappelijk werker verzorgt de door hem behandelde gevallen onder zijn eigen verantwoordelijkheid. De maatschappelijk werkers beraden eventueel samen over individuele hulpaanvragen en programma's. Ze hebben recht op een gespecialiseerd toezicht. De Regering bepaalt de modaliteiten daarvan.

Art. 23. Op eigen verzoek wordt de procureur des Konings door de dienst voor jeugdbijstand ingelicht over het bestaan, de beëindiging, schorsing of voortzetting van een individuele hulpmaatregel.

Art. 24. De Regering wijst in het midden van de in artikel 19 bedoelde maatschappelijk werkers een diensthoofd aan.

Het diensthoofd leidt het personeel en zorgt voor de goede werking van de dienst.

Vragen inzake algemene preventie verwijst hij naar het bureau.

Het diensthoofd legt aan het bureau, de Raad en de Regering voor :

— een semestrieel tussenverslag over de ontwikkeling van de individuele hulpmaatregelen;

— een jaarlijkse analyse van de ontwikkeling van de individuele hulpmaatregelen met inachtneming van de aard van de aanvragen, de duur van de consultatie, het aantal lopende en afgesloten bemoeiingen en andere belangrijke factoren.

De in het vorige lid opgesomde verslagen en analyses moeten zo opgesteld zijn, dat de anonimiteit van de betrokken personen in elk geval verzekerd is.

Art. 25. Bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt een sekretariaat opgericht, waarvan het personeel door de Regering wordt benoemd. Dit sekretariaat staat onder de leiding van het diensthoofd en wordt ter beschikking gesteld van de dienst voor jeugdbijstand en de Raad.

Het sekretariaat stelt de processen-verbaal van de zittingen van de Raad, het bureau en de commissies op, alsmede een semestrieel verslag over het commissiewerk. Het sekretariaat verzekert bovendien de praktische tenuitvoerlegging van de in een commissie voor de algemene preventie besloten initiatieven.

HOOFDSTUK IV. — *Gerechtelijke jeugdbijstand*

Art. 26. § 1. In het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand wordt er bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een sociale dienst opgericht waarvan het personeel door de Regering wordt benoemd. Deze dienst wordt « Jugendgerichtsdienst » (dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand) genoemd.

De maatschappelijk werkers moeten houder zijn van één van de in artikel 19, lid 2, bedoelde diploma's.

Het personeel van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand staat onder het hiërarchisch gezag van de bevoegde ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering wijst in het midden van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand een diensthoofd aan. Deze leidt het personeel en zorgt voor de goede werking van de dienst.

Elk maatschappelijk werker verzorgt de door hem behandelde gevallen onder zijn eigen verantwoordelijkheid. De maatschappelijk werkers hebben recht op een gespecialiseerd toezicht. De Regering bepaalt de modaliteiten daarvan.

§ 2. De dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand stelt preliminaire onderzoeken in op verzoek van de jeugdrechtbank of de procureur des Konings. Hij organiseert de uitvoering van de beslissingen van de jeugdrechtbank en stelt achterna regelmatig onderzoeken in om zo nodig de procureur des Konings een wijziging van de maatregel voor te stellen. Hij coördineert de samenwerking met andere diensten, inrichtingen en projecten.

De Regering kan de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand andere opdrachten in het kader van dit decreet toevertrouwen.

Art. 27. § 1. De jeugdrechtbank wordt door de procureur des Konings met een jeugdzaak gelast, wanneer één van de in artikel 28 bedoelde maatregelen noodzakelijk blijkt nadat de zaak door het bureau in toepassing van artikel 15 werd doorverwezen of nadat de dienst voor jeugdbijstand een zaak in toepassing van artikel 20, § 5, heeft gemeld.

§ 2. De jeugdrechtbank wordt bij middel van verzoek door het bureau gelast, wanneer de oplegging van één of meerdere maatregelen in het kader van het in artikel 20, § 3, bedoelde hulpprogramma aangewezen blijkt.

De in toepassing van deze paragraaf opgelegde maatregelen mogen slechts voor een maximumduur van één maand worden opgelegd.

§ 3. In alle gevallen waar de belangen van de jongeren in gevaar zijn, en waarvan hij de urgentie erkent, kan de jeugdrechter op verzoek van de procureur des Konings voorlopig en voor een maximumduur van zeven dagen elke geschikt blijvende maatregel nemen.

Als er gevaar dreigt kan de procureur des Konings een zulke voorlopige maatregel opleggen die echter haar effect na drie dagen verliest als ze niet door de jeugdrechter bekrachtigd werd.

Art. 28. In toepassing van artikel 27, § 1, kan de jeugdrechtbank één of meerdere van de volgende maatregelen bevelen :

1° de jongere en/of de personen, die het ouderlijk gezag over hem uitoefenen of hem onder bewaring hebben, voor ten hoogste twee jaar een pedagogische of therapeutische begeleiding opleggen;

2° voor ten hoogste twee jaar een familiale begeleiding door een erkende inrichting opleggen;

3° de jongere, eventueel samen met de personen die het ouderlijk gezag over hem uitoefenen of die hem onder bewaring hebben, voor ten hoogste twee jaar aan een project onderwerpen;

4° de jongere voor ten hoogste een jaar onder het toezicht van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand plaatsen;

5° de jongere voor ten hoogste zes maanden een opvoedingsprogramma opleggen;

6° de jongere voor ten hoogste een jaar een semi-residentiële inrichting laten bezoeken;

7° de jongere, die volle 16 jaar oud is onder regelmatig toezicht zelfstandig laten wonen;

8° de jongere voor ten hoogste dertig dagen onder de begeleiding stellen van een onthaal- en oriëntatiecentrum;

9° de jongere voor ten hoogste zestig dagen onder de begeleiding stellen van een observatiecentrum;

10° de jongere aan een erkend pleeggezin toevertrouwen;

11° de jongere uitzonderlijk en voor ten hoogste twee jaar aan een geschikte open inrichting toevertrouwen;

12° de jongere, die volle 14 jaar oud is uitzonderlijk en voor ten hoogste zes maanden aan een gesloten inrichting toevertrouwen wanneer werd aangetoond dat hij zich aan de onder 10° en 11° beschreven maatregelen herhaaldelijk heeft onttrokken en dat deze maatregel noodzakelijk is voor het behoud van de integriteit van de persoon van de jongere.

Art. 29. De jeugdrechtbank belast :

1° een dienst van de Regering of een erkende inrichting met de uitvoering van de in artikel 28, 5°, 6°, 7°, 8°, 9° en 11° opgesomde maatregelen en met de begeleiding van de betrokkenen en de pleeggezinnen, waaraan jongeren in toepassing van artikel 28, 10°, toevertrouwd werden;

2° in gerechtvaardigde uitzonderlijke gevallen één door de bevoegde overheden erkende inrichting gelegen buiten het Duitse taalgebied met de uitvoering van de in artikel 28, 3°, 5°, 6°, 8°, 9°, 11° en 12° bedoelde maatregelen, wanneer er een desbetreffend samenwerkingsakkoord bestaat.

Art. 30. In de gevallen bedoeld in artikel 27, § 1, kan de jeugdrechtbank de in artikel 28 bedoelde maatregelen voor en tijdens de rechtspleging over de grond van de zaak opleggen. Zij kan deze maatregelen ten allen tijde op eigen initiatief, op verzoek van de jongere, van zijn wettelijke vertegenwoordiger, van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand of van de procureur des Konings opheffen of door een andere maatregel vervangen. Men kan meerdere maatregelen tegelijk worden genomen.

Behalve wanneer ze worden verlengd eindigen de maatregelen bedoeld in artikel 28, 1°, 2°, 3°, 4°, 5°, 6°, 7°, 10°, 11° en 12°, na verstrijken van de vastgestelde termijn. Een maatregel kan slechts met de in artikel 28 vastgestelde maximumtermijn verlengd worden. De maatregelen bedoeld in artikel 28, 8° en 9°, kunnen slechts éénmaal worden verlengd.

Alle voorlopige maatregelen zijn samen beperkt tot twaalf maand. Indien een maatregel, die na de rechtspleging over de grond van de zaak werd opgelegd door een andere maatregel wordt vervangen, eindigt deze op de dag waarop de vervangen maatregel een einde zou hebben genomen.

HOOFDSTUK V. — *Handhaving van de hulpverlening na het bereiken van de meerderjarigheid*

Art. 31. § 1. Aan jongeren die voor het bereiken van de leeftijd van 18 jaar deelnemen aan een opvoedende maatregel georganiseerd door de dienst voor jeugdbijstand of opgelegd door de jeugdrechtbank kan een verlenging van ten hoogste één jaar toegekend worden, ook wanneer de betrokkene de leeftijd van 18 jaar dan overschrijdt.

§ 2. Te dien einde richt de jongere een schriftelijk verzoek aan de Regering met een advies van de instantie die de maatregel heeft besloten en van de instantie die hem herbergt of begeleidt. In dit verzoek vermeldt de jongere de gewenste verlengingsduur.

Deze verlenging moet ten laatste één maand voor het bereiken van de meerderjarigheid of vóór het verstrijken van een reeds besloten verlenging worden ingediend.

Een verlenging kan op een met redenen omkleed verzoek hernieuwd worden, maar mag in geen geval de leeftijd van 21 jaar overschrijden.

De jongere, ouder dan 18 jaar, kan aan de verlenging voor verstrijken van de termijn door mededeling aan de Regering en aan de instantie die de maatregel heeft genomen, ten allen tijde een einde maken.

HOOFDSTUK VI. — *Erkenning en subsidiëring van personen en inrichtingen die jongeren begeleiden en opvangen alsmede van adoptiediensten en projecten*

Art. 32. Elke natuurlijke of rechtspersoon die in het kader van dit decreet regelmatig jongeren opvangt of begeleidt moet te dien einde door de Regering erkend worden.

De Regering legt de erkenningsvoorwaarden vast. Deze hebben o.a. betrekking tot :

- a) de algemene voorwaarden inzake personeel en de materiële infrastructuur;
- b) de verzorging, het onderwijs, de beroepsopleiding en het opvoedingssysteem van de jongeren;
- c) het pedagogisch concept en programma;
- d) de financiering.

De erkenning wordt voor een hernieuwbare termijn van drie jaar verleend.

Art. 33. Elke aanvraag om erkenning wordt de jeugdrechtbank en het bureau voor advies voorgelegd. Dit advies wordt geacht te zijn gegeven, wanneer het niet binnen een maand na zijn aanvraag voorligt.

Art. 34. Wanneer één of meerdere voor de erkenning opgelegde voorwaarden niet meer vervuld zijn wordt de betrokken natuurlijke of rechtspersoon een termijn van ten hoogste zes maanden toegekend om zijn verplichtingen na te komen.

Wanneer de voorwaarden na verstrijken van deze termijn niet vervuld zijn, onttrekt de Regering de erkenning.

Art. 35. Wanneer een erkende inrichting of een erkende dienst door een andere verantwoordelijke instantie wordt overgenomen, moet de erkenning onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden worden bekrachtigd.

De erkenning blijft geldig totdat zij bekrachtigd of ingetrokken wordt.

Art. 36. § 1. Elke natuurlijke of rechtspersoon die in het Duitse taalgebied werkzaam is op het gebied van de consultatie en bemiddeling inzake adoptie moet te dien einde door de Regering worden erkend.

De Regering legt de erkenningsvoorwaarden vast. Deze hebben o.a. betrekking tot :

- a) de kwalificatie van het personeel;
- b) de materiële infrastructuur;
- c) de minimale taken die te vervullen zijn.

De erkenning wordt voor een hernieuwbare termijn van drie jaar verleend.

§ 2. Wanneer één of meerdere voor de erkenning opgelegde voorwaarden niet meer vervuld zijn wordt de betrokken natuurlijke of rechtspersoon een termijn van ten hoogste zes maanden toegekend om zijn verplichtingen na te komen.

Wanneer de voorwaarden na verstrijken van deze termijn niet vervuld zijn, onttrekt de Regering de erkenning.

§ 3. De Regering kan de adoptiediensten die in de andere Gemeenschappen erkend zijn voor de bemiddeling inzake adoptie toestaan in het Duitse taalgebied werkzaam te zijn.

Art. 37. De Regering legt de voorwaarden vast waaronder de in toepassing van dit decreet erkende natuurlijke of rechtspersonen toelagen mogen ontvangen. Deze toelagen hebben betrekking tot de personeels- en funktiekosten.

De financiering van projecten wordt in de desbetreffende overeenkomst geregeld.

Art. 38. De Regering bepaalt de participatie van de jongeren en van de onderhoudsplichtigen in de onderhouds-, opvoedings- en verzorgingskosten van de jongeren alsmede de bestemming van het loon van de jongeren die geplaatst werden overeenkomstig de bepalingen van dit decreet of van een wet betreffende het opleggen van maatregelen voor jongeren die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd.

Het bureau of de jeugdrechtbank berekent volgens deze regels de participatie van de jongere en van de onderhoudsplichtigen alsmede de bestemming van het loon.

Tijdens de minderjarigheid kunnen de inkomens die op een spaarboekje of een rekening bij een kredietinstelling werden ingeschreven, niet worden afgehaald zonder de uitdrukkelijke machtiging van het bureau of de jeugdrechtbank.

HOOFDSTUK VII. — *Strafrechtelijke bepalingen*

Art. 39. Ongeacht de toepassing van de artikelen 29 en 30 van het Wetboek van Strafvordering is artikel 458 van het strafwetboek toepasselijk op de personen die hun medewerking aan de uitvoering van dit decreet verlenen.

Deze personen moeten de bevoegde overheden verwittigen wanneer ze kennis krijgen van een in de artikelen 372 tot 378 bis en in de artikelen 398 tot 405 van het Strafwetboek bedoeld misdrijf dat tegen de in artikel 410 van hetzelfde Wetboek bepaalde personen gepleegd wordt.

Art. 40. Wie regelmatig een jongere in toepassing van dit decreet opvangt zonder erkend te zijn of wie dit ondanks een beslissing houdende weigering of intrekking van de erkenning blijft doen wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van vijftientwintig tot vijftuizend frank of met slechts één van deze straffen.

Art. 41. De minachting van de verplichtingen die in toepassing van artikel 39 van dit decreet opgelegd werden, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van vijftig tot vijftuizend frank of met slechts één van deze straffen.

Art. 42. Elke natuurlijke persoon die regelmatig als bemiddelaar inzake adoptie optreedt of een adoptiedienst leidt die niet volgens de bepalingen van dit decreet erkend werd, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van vijftientwintig tot vijftuizend frank of met slechts één van deze straffen.

HOOFDSTUK VIII. — *Opheffings-, wijzigings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 43. De wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming wordt als volgt gewijzigd :

1° de artikelen 1 en 2, artikel 3, gewijzigd door de wet van 9 mei 1972, de artikelen 4, 5, 6, 30, 31 en 36, lid 1, 1° tot 3°, artikel 64, gewijzigd door de wet van 25 juni 1969, de artikelen 66, 67, 68 en 69, lid 1, a) en lid 2, en de artikelen 70, 71, 72, 74, lid 1 en 79, lid 1, worden opgeheven;

2° artikel 37, gewijzigd door het decreet van 18 februari 1991 en de wetten van 24 december 1992 en 2 februari 1994, de artikelen 39, 41 en 42, gewijzigd door de wet van 2 februari 1994, artikel 52, gewijzigd door de wetten van 2 februari 1994 en van 30 juni 1994, artikel 53, gewijzigd door de wetten van 2 februari 1994 en van 30 juni 1994, en artikel 60, gewijzigd door de wet van 2 februari 1994, worden opgeheven voor zover ze geen jongeren betreffen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd;

3° in artikel 29, lid 2 en 3, artikel 34, lid 1, gewijzigd door de wet van 31 maart 1987, en artikel 86, lid 1, c), wordt het woord « jeugdbeschermingscomité » door de woorden « dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand » vervangen;

4° in artikel 63, lid 1, gewijzigd door de wet van 2 februari 1994, wordt het zinsgedeelte « 1., 3., en » geschrapt;

5° in artikel 74, lid 2, worden de woorden « een afgevaardigde bij de jeugdbescherming » door de woorden « de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand » vervangen;

6° in artikel 79, lid 2, worden de woorden « zoals zij in het vorige lid zijn bedoeld » door de woorden « behalve de schoolinternaten en daarmee gelijkgestelde kosthuizen die door dit decreet of andere wetsbepalingen beschermde minderjarigen gezamenlijk opnemen » vervangen.

Art. 44. Het decreet van 18 februari 1991 houdende handhaving, na de leeftijd van achttien jaar, van bepaalde maatregelen van de jeugdbescherming wordt opgeheven.

Art. 45. De Regering legt de duur van het mandaat vast voor de leden van de eerste Raad voor jeugdbijstand. Het jeugdbeschermingscomité benoemd in toepassing van de wet van 8 april 1965 en zijn bureau vervullen hun opdrachten tot de installatie van de eerste Raad voor jeugdbijstand en zijn bureau.

Art. 46. Met betrekking tot de bij de jeugdrechtbank aanhangige zaken beginnen de in dit decreet voorziene termijnen voor de duur van de maatregelen pas op de dag na de inwerkingtreding van dit decreet.

Art. 47. Dit decreet treedt in werking op 1 mei 1995.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt. Eupen, 20 maart 1995.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

B. GENTGES

De Minister van Media, Volwassenenvorming,
Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.-H. LAMBERTZ

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 95 — 1081

[C — 27188]

23 MARS 1995. — Décret modifiant l'article 35 du décret du 14 juillet 1994 modifiant la loi du 28 février 1882 sur la chasse (1)

Le Conseil régional wallon a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article unique. L'article 35 du décret du 14 juillet 1994 modifiant la loi du 28 février 1882 sur la chasse est complété par l'alinéa suivant :

« Toutefois, les articles 1er, 3 à 7, 16, 18 à 20, 22 à 24 et 32, en tant qu'ils concernent le Conseil supérieur wallon de la Chasse, entrent en vigueur le 26 avril 1995 ».

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Namur, le 23 mars 1995.

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,
chargé de l'Economie, des P.M.E. des Relations extérieures et du Tourisme,

R. COLLIGNON

Le Ministre du Développement technologique, de la Recherche scientifique,
de l'Emploi et de la Formation professionnelle,

A. LIENARD

Le Ministre des Affaires intérieures, de la Fonction publique et du Budget,

B. ANSELME

Le Ministre de l'Aménagement du Territoire, du Patrimoine et des Transports,

A. BAUDSON

Le Ministre des Travaux publics,

J.-P. GRAPE

Le Ministre de l'Action sociale, du Logement et de la Santé,

W. TAMINIAUX

Le Ministre de l'Environnement, des Ressources naturelles et de l'Agriculture,

G. LUTGEN

(1) *Session 1994-1995.*

Document du Conseil, 319 (1994-1995) N° 1. — Rapport oral.

Compte-rendu intégral. Séance publique du 10 mars 1995. — Discussion. — Vote.